



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

286 (23.6.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-334394](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-334394)

General-Anzeiger



Abonnement:

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegraphen-Adresse:

„Journal Mannheim“

Telefon-Nummer:

Direktion, Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (An-

nahmen-Druckarbeiten) 341

Redaktion 377

Expedition und Verlags-

buchhandlung 218

70 Pfennig monatlich,
Erbringelohn 25 Pf. monatlich,
durch die Post bez. incl. Posts-
zuschlag M. 3.49 pro Quartal,
Einzel-Nummer 3 Pf.

Inserate:

Die Colonel-Zeile . . . 25 Pf.
Ausdrückliche Inserate . . 30
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureau
in Berlin und Karlsruhe.

Gefestete und verbreitete Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 286.

Dienstag, 23. Juni 1908.

(Abendblatt.)

Die mazedonische Frage.

Nach dem Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom Freitagabend dürfte es sich verlohnen, den Zusammenhang dieser Auslassung mit der mazedonischen Frage einer näheren Untersuchung zu unterziehen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

„Es wäre verfehlt, leugnen zu wollen, daß sich schwerwiegende diplomatische Auseinandersetzungen ergeben können. Es sollte indessen nicht vergessen werden, daß man durch ängstliche und übertriebene Ausmaßung möglicher Gefahren nicht den sachlichen und gefunden Lösungen vorarbeiten, die herbeizuführen ein allen Mächten gemeinsames Interesse gebietet.“

Als diese Sätze geschrieben wurden, kann im Auswärtigen Amt nicht bekannt gewesen sein, welchen seltsamen Gang die Marokkofrage in der französischen Deputiertenkammer genommen hat. Die Sätze müssen sich also auf Mazedonien beziehen. Es fragt sich, von welcher Seite diese möglichen Gefahren, die zu erwartenden schwierigen diplomatischen Auseinandersetzungen kommen sollen. Ueber die mazedonische Frage konnte Europa so lange ruhig sein, als die Entente zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland, welche zu dem Madrider Abkommen vom Jahre 1903 führte, wirksam blieb. Die Interessen dieser beiden Staaten am Balkan divergieren dergestalt, daß man sich nur schwer vorstellen konnte, wie eine gemeinsame Aktion der beiden zu einer gefährlichen Änderung des Status quo hätte führen können. Die Entente zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland wirkte infolgedessen konservativ. Sie war eine Gewähr für die Erhaltung des Status quo, für eine ruhige, allen Abenteuerern abgeneigte Politik. Deutschland hat bekanntlich in Mazedonien keine politischen Interessen, wie vielleicht Oesterreich-Ungarn und Rußland, aber sehr starke wirtschaftliche und hat infolgedessen ein erhebliches Interesse daran, daß die Ruhe im Balkan nicht gestört wird. Solange Rußland und Oesterreich-Ungarn in der Balkanfrage zusammengingen und damit die Gewähr für die Erhaltung des Status quo bestand, konnte Deutschland der mazedonischen Frage gegenüber im Hintergrund bleiben. Heute ist die Lage gänzlich verändert. Das österreichisch-ungarische und russische Einvernehmen existiert nicht mehr. Anstelle dessen hat Rußland mit England, das von jeher in der mazedonischen Frage am aktivsten und am wenigsten konservativ war, ein Einvernehmen geschlossen, dessen Hauptgegenstand, wie immer wieder gemeldet wird, Mazedonien sein soll.

Es kommt nun darauf an, auf welches Programm sich diese beiden neuen Ententemächte tatsächlich geeinigt haben. Die Meldungen, welche bisher darüber in der russischen, englischen, französischen und italienischen Presse aufkamen, sind so widersprechend, daß sie ein Urteil noch nicht gestatten. Indessen liegt es durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß England und Rußland sich auf ein Programm geeinigt haben, das in mehr oder minder versteckter Form auf eine Positronierung Mazedoniens von der Türkei abzielt. Darin liegt die Gefahr. Wenn dem so wäre, hätte die deutsche Politik wahrlich keinen

Grund, die bisher in Mazedonien geübte traditionelle Zurückhaltung noch fernerhin fortzusetzen. Der Satz, daß die Balkanfrage die Knochen des pommerischen Stenobiers nicht wert sei, stimmt heute nicht mehr. Wenn es wahr ist, daß das englisch-russische Programm sich den Vorschlag der Vermehrung der sogenannten Dorfwächter oder den englischen des autonomen Generalinspektors oder der Verminderung der türkischen Truppen zu eigen gemacht hat, so würde in solchen Vorschlägen allerdings der Reim kommander schwieriger diplomatischer Auseinandersetzungen enthalten sein. Weder Oesterreich-Ungarn noch Deutschland sind in der Lage, diesen Reformplänen Englands oder Rußlands, deren friedliche Tendenz ernstlich angezweifelt werden kann, Folge zu leisten. Wenn das englisch-russische Programm wirklich diese oder eine ähnliche Tendenz verfolgt, so hieße das die ganze Balkanfrage aufröhlen und die Türkei zu etwas zwingen wollen, was sie diesmal ohne Anwendung von Gewalt sicherlich zugeben wird. Infolgedessen können die Mächte, die für den Frieden und Status quo am Balkan eintreten, den englisch-russischen Vorschlägen nur Widerstand entgegenzusetzen. Darauf werden sich die offiziellen Auslassungen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ beziehen. Sie sind eine Warnung, eine Warnung, welche gerichtet ist an das Ausland, in erster Linie an die beiden neuen Ententemächte England und Rußland, in ihrer mazedonischen Politik nicht Wege und Ziele zu verfolgen, die den Widerstand der am Frieden interessierten Mächte hervorrufen müssen. Man wird nach dieser von deutscher Seite kommenden Warnung abwarten müssen, wie die englisch-russischen Vorschläge denn tatsächlich aussehen. In England und Rußland liegt es, die friedliebende Tendenz ihrer Politik zu beweisen.

Politische Uebersicht.

* Mannheim, 23. Juni 1908

Der Kampf der Konservativen gegen die Nationalliberalen

wird in der „Kreuztg.“ weiter fortgesetzt. In der letzten Wochenübersicht des konservativen Blattes lesen wir:

Wenn die Nationalliberalen sich jetzt noch als Mittelpartei aufspielen, so muß ihnen die Berechtigung dazu entschieden abgesprochen werden. Inwiefern unterscheiden sie sich denn noch, seitdem sie sich unter der Führung ihrer Jugend begeben und eine Schwänkung nach der anderen nach links (Finanzpolitik, Wahlrechtsfrage) vollzogen haben, vom Zentrum? Nur durch eine unklare Stellungnahme! Die Nationalliberalen haben ausgehört, Mittelpartei zu sein; in ihrer jetzigen Verfassung sind sie als besonderes Gebilde im politischen Leben nicht mehr existenzberechtigt. Der „Hannoversche Kurier“, durch dessen jungliberal-hegerischen Einfluß ein großer Teil nationalliberaler Hochburgen im hannoverschen Lande gefallen ist, hat offenbar die Absicht, die nationalliberale Partei auch jedes Scheines einer Mittelpartei zu entkleiden. Er fordert als zukünftige Lösung: „Weniger Rücksichtnahme, mehr Rücksichtslosigkeit, weniger Opportunismus, mehr Grundsätzlichkeit.“ Einen gemäßigten Flügel scheint es im Nationalliberalismus nicht mehr zu geben, sonst würde er doch wohl endlich von sich hören lassen.

Also nicht einmal die Nationalliberalen in Girschberg, Görlitz und in mehreren schleswig-holsteinischen Wahlkreisen, die für die letzten Landtagswahlen das Kompromiß mit den Konservativen beim Freikonferenzvertriden erneuert haben, gelten der „Kreuztg.“ als gemäßig.

Versammlung des Münchener Flottenvereins.

In der Hauptversammlung der Ortsgruppe München des deutschen Flottenvereins am Sonntag betonte der Vorsitzende Generalkonful v. Oldenburg nach kurzen einleitenden Worten, daß zwar die Danziger Tagung nicht alle Hoffnungen, die man auf sie gesetzt habe, erfüllt, doch habe man anerkannt, daß in einem großen Verein Frieden und Fortschritt nur durch Kompromisse erreichbar seien. Der allgemeine Eindruck, den die Versammlung in Deutschland hinterließ, sei ein ausgezeichneter gewesen. An das Vertrauen und die Rücksicht ihrer Mitglieder habe die Ortsgruppe München nicht geringe Anforderungen gestellt. Die Mitglieder dürften sich aber durch den Verlauf der Dinge überzeugt haben, daß man eine Beprechung der Verhältnisse, auch in engerem Kreise vor der Haupttagung und ehe sich die Gemüter abgekühlt hätten, bisher unterlassen habe. Weiter begrüßt es der Vorsitzende, daß die Danziger Hauptversammlung an den zurückgetretenen früheren Geschäftsführer des Flottenvereins, General Reim ein Danktelegramm abgeschickt habe. Wenn die Bayern gegen Reim wegen seiner Geschäftsführung auch öfter Front haben machen müssen, so sei seine Tapferkeit und seine Arbeitslust durchaus anzuerkennen. Der Geschäftsführer des bayerischen Landesverbandes, Oberst a. D. Sandringer, der der Danziger Tagung als Delegierter beigewohnt hat, erstattete hierüber einen ausführlichen Bericht; dabei wies er vor allem darauf hin, daß bis jetzt merkwürdigerweise keine Entscheidung des Fürsten zu Salm bekannt geworden wäre, ob er die Wahl zum Präsidenten annehme. Weiter gab Redner seiner Freude darüber Ausdruck, daß man den Bayern ersichtlich durch die Wahl von Nürnberg zum Ort der nächsten Hauptversammlung habe entgegenkommen wollen. Als besonders bemerkenswert bezeichnet er es, daß in dem Originaltelegramm des Prinzen Heinrich die Worte, in denen von dem „stillen, einmütigen Arbeiten des Flottenvereins in Zukunft“ die Rede war, unterstrichen gewesen seien. Stille, aufstrebende und einmütige Arbeit sei es gerade gewesen, die der bayerische Landesverband und Prinz Rupprecht stets als Hauptaufgabe des Flottenvereins betrachtet haben. Von Interesse aus dem Geschäftsbericht war die Feststellung, daß die Mitgliederzahl sowohl der Münchener Ortsgruppe wie auch in dem bayerischen Landesverband, besonders seit der Kasseler Tagung, erheblich zurückgegangen sei. Redner hofft, daß nach der nunmehrigen erfreulichen Einigung auch hier die Sache wieder zum Besten wenden werde. Zum Schluss gab noch der Vorsitzende v. Oldenburg der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn die Dinge im Flottenverein sich noch weiterhin in erfreulicher Weise entwickeln, mit Erfolg auch wieder an den Prinzen Rupprecht mit der Bitte herangetreten werden könne, er möge das Protektorat über den bayerischen Landesverband wieder übernehmen.

Wiener Theater

von Ludwig Hirschfeld.

Wien, Mitte Juni 1908.

Somit pflegt das Erscheinen der Schliersee und anderer Theaterbauern den unwiderstehlichen Schluß des Spieljahres zu bedeuten. Vor ihrem Juhu-Geschrei, vor ihrem Hagenhagen nahmen die beherzten Theaterbesucher, Direktoren, Darsteller und Kritiker Reichthum und Klugheit auf's Band, in die Berge, und zwar in jene, wo es nur völlig andromatische Wägen gibt. Dener, in der Jubiläumssaison, war das ganz anders. Alles blieb in Wien; die zartesten Tenore, die bestbezahltesten Primadonnen horchten bei 36 Grad im Schatten pflichtgetreu auf ihren Posten aus — denn man kann sich ja leider Gottes nicht mit Heiserkeit auf den Semmering abgeben, wenn man beim Festzug sein will. Dem Fremdenstrom zu sehen, der nach Wien hätte kommen sollen, verlängerten die meisten Theater diesmal wirklich ihre Saison um einige Wochen und lehnten alle Gastspielanträge von auswärts stolz ab. Und in dieser frühsummerlichen Zeit, in der wir uns gewöhnlich von Brahm oder Reinart die wichtigen Berliner Novitäten vorspielen lassen, haben wir ein ganz einschüchtern einheimisches Theatergetriebe aufzuweisen gehabt, das uns sogar noch manches gebracht hat. Das beweist jedenfalls, daß auch in Wien eine Sommerreise keine Unmöglichkeit ist, und es fragt sich nur, ob dazu erst die immerhin ziemlich unheimliche und kostspielige Voraussetzung eines Festzuges unbedingt notwendig ist.

Als der wertvollste Gewinn dieser Theaterwoche ist wohl die Bekanntheit mit einem neuen österreichischen Talente, Thobias Ritter, anzusehen. Er ist ein Sohn des verstorbenen polnischen Landmannministers Ritter, lebt jetzt in München und hat bisher einige eigenartige Novellenbücher veröffentlicht. Sein dramatischer Erstling, das dreiaktige Schauspiel „Das kleine Heim“ ist Ende Mai im Deutschen Volkstheater zur Aufführung gelangt und hat trotz der ungenügenden Ausstattung einen sehr starken Erfolg erzielt.

Freilich war es hauptsächlich ein literarischer Erfolg, aber in einer günstigeren Zeit hätte das Stück auch auf das große Publikum sicherlich tiefe Wirkung geübt. Es ist ja eigentlich nichts Neues, die alte dreieckige Ehegeschichte, aber hier wird sie mit einer gewissen Herzlichkeit und Anigkeit vorgebracht, wodurch sie wenigstens in den ersten zwei Akten, dem Ehebruchschema erfreulich abweicht. Es ist eine überaus simple Geschichte: ein Arzt, ein bloß auf äußeren Schein bedachter Streber hat sein Verhältnis geheiratet, eine Gnade, die er der Frau dann in der Ehe durch Vernachlässigung und Erniedrigung vergilt. Die Heine und ein wenig dumme Frau erträgt alles geduldig, sie ist ein gutmütiges naives Geschöpf, das für den kleinsten Wiffen Liebeshandlung und Barmherzigkeit dankbar ist — natürlich wird er ihr von einem Dritten gereicht. Ein kurzes Liebesglück, dem ein Schuß des eifersüchtigen Vaters ein Ende macht. Und jetzt, da die Frau tot ist, stellt der brutale Mann erst ein, wieviel ihm dieses verachtete, einseitige Wesen eigentlich war. Ihn und seinem Heinen vererbten Heim und er, den die Geschworenen freigesprochen haben, geht hin und richtet sich selbst. Das ist, wie man sieht, ein troisches „Ruppenheim“, ohne Ironie und Humor, sondern mit den finsternen Konsequenzen, wie das ja schon die Art junger Dichter ist. Das ganze ist vielleicht mehr eine allgemeine Talentprobe, als eine wirkliche dramatische Prosa. Aber im ersten und zweiten Akt zeigt Ritter, daß er über einen wunderschönen, innigen und schlichten Ton verfügt, was ja den meisten unserer jungen Leute so ziemlich fehlt. Ramentlich die Gestalt der verachteten jungen Frau und die Schilderung ihres Liebesglücks, das ist ihm überaus fein gelungen und das wird wohl genügen, daß man dieses neue Talent nicht wieder aus den Augen verliert.

Nicht unbedeutender war die letzte Novität dieser Bühne, das dreiaktige Schauspiel „Brüderchen“ von Robert Overweg. Eine ungeschickte Hand versucht es, die wirksamsten und rätselhaften Elemente der Gymnastik-Tragödie und des Militärschwades zu einer neuen Theatermischung zu vereinigen. Aber sie

ist nicht sonderlich gelungen. Es ist ja sehr traurig, wenn ein heranreifender Kabinettsschüler von seinem Vater, einem gestrigen Oberst, so überaus knapp gehalten wird, sowohl in Hinsicht des Geldes, als der Liebe, daß er wegen einer Portiersstochter einen Taler entwendet und schließlich aus Ehrgefühl in den Tod geht. Von diesem einzigen dramatischen Motiv abgesehen, das aber auch keinen Taler wert ist, gibt es in dem ganzen Stück nichts als schöne Uniformen, Tränen, Pathos, allerlei Gesänge — eine unbeholfene uniformierte Meyer-Försterei. Kein Wunder, daß das Stück bei einem nachsichtigen Juni-Publikum gehörige Wirkung tat.

Ein bühnenliterarischer Belam man noch an einem Einakterabend des Lustspieltheaters zu sehen. Zwei kleine Stücke von Courteline: „Sein Geliebter“, eine Beamtengrotteske, die wie eine dramatisierte Anekdote aus dem „Simplicissimus“ annimmt, und „Die Wage“, eine scharfe satirische Satire auf französische Justizverhältnisse, echter Courteline, der hier wieder einmal die lächerliche Wirklichkeit ab absurdam führt, unverkennbar, frech, aber trotzdem überaus amüsan. Viel unliterarischer ist „Die gute Wirtin“ von Mirand und Geroule, ein unappetitliches Stückchen, in dessen Mittelpunkt eine verlebte Alte steht — aber um derartiges zu schildern, dazu bedarf es schon des großzügigen und überlegenen Humors eines Moliere. Auch die Gerichtsszene „Der Brandstifter“ ist nicht besonders literarisch, wenngleich sie von Hermann Heppermann herrührt. Sie könnte ruhig von irgend einem Varietés-Schnelldichter stammen, aber dem Repertoire Freigods angehört. Das ist nämlich der Hauptwitz, daß Zeugen, Angeklagte, Verdächtige, im ganzen sieben Personen, von einem Schauspieler dargestellt werden und nur dadurch, daß dieser Schauspieler Josef Harno heißt, der hier seine ganze Charakterisierungs- und Nuancierungskunst sprühen lassen kann, gewinnt das Stück den Anschein künstlerischer Bedeutung.

Das Bürgertheater, das wohl nicht eher seinen Sturz finden wird, als bis es wieder sein Gretchen-Stück hat, ist zur W.

Wie die Schwarzen die Noten einsteifen!

Vom Rechtsmediziner des Zentrums mit der Sozialdemo- kratie im preussischen Landtagswahlkampf beginnen langsam die Schleier zu sinken. Die sozialdemokratische „Eigener Arbeiterzeitung“, die mit der unbedingten Unterstützung des Zentrums durch die Genossen in Rheinland und Westfalen nicht einverstanden ist, schreibt u. a.:

„In Wülheim-Rohrort lag die schriftliche Verpflichtung des Zentrums vor, als Entgelt für die Wahl des Zentrums durch die Sozialdemokraten hinzutreten auf das Eintreten des Solinger Zentrums für die Sozialdemo- kratie. In Solingen verpflichtete sich das Zentrum ebenfalls, für zwei von unselbständigen Kandidaten einzutreten.“

Ähnliche Abmachungen haben nach Äußerungen des Dortmunder sozialdemokratischen Organs für Bochum und Dortmund bestanden. Zwar hat nachher in allen diesen Fällen das rheinische Zentralkomitee des Zentrums diese Abmachungen annulliert. Aber natürlich geschah das ohne Wissen der sozialdemokratischen Kontrahenten, so daß das Zentrum bei den Wahlen selbst seinen Nutzen aus den Abmachungen ziehen konnte. Die rote Presse findet die Galtung der Bochumer, Dortmunder und Wülheimer Genossen gewiß verständlich; denn bei der letzten Reichstagswahl hätten Zentrumswähler den Ausschlag für die Sozialdemo- kraten gegeben. Aber fuchtelstülpig ist sie über die „schwarzen Kogelkäufer“ doch. Und in der Tat, auch ohne daß man mit den Genossen Mitleid zu haben braucht, kann man sich von der Zentrumstaktik angewidert fühlen. Es sind beste jehuitische Praktiken, die da verwandt wurden, und ebenso ist über allen Zweifel erhaben, daß sich dasselbe Zentrum, das mit dem Schlächtruf „für Christentum und christliche Schule“ in den Kampf zog, zugleich angelegen sein ließ, die Partei des Umsturzes für sich zu mobilisieren.

Verkehr mit Nahrungsmitteln.

Zur Abänderung der Gesetzgebung über den Verkehr mit Nahrungsmitteln hat der Verband deutscher Teigwarenfabrikanten auf seiner Tagung zu Frankfurt a. M. eine Erklärung angenommen, laut deren der Verband der beabsichtigten reichsgesetzlichen Erleichterung der Befugnis an den Bundesrat zum Erlaß der Vorschrift, daß bestimmte Waren nur unter Angabe der Zeit ihrer Herstellung oder nur in einer bestimmten Beschaffenheit unter Bezeichnung derselben sollen in den Verkehr gebracht werden dürfen, für das Teigwarengewerbe nicht zustimmen kann. Auch gegen die reichsgesetzliche Ermächtigung des Bundesrates zum Erlaß eines mit Gesetzeskraft ausgestatteten Nahrungsmittelgesetzes müßte vom Standpunkte des Teigwarengewerbes Widerspruch erhoben werden. Eine solche Reglementierung der Nahrungs- und Genussmittelgewerbe würde sowohl hinsichtlich der Bereiche der Nahrungs- und Genussmittelherstellung hinderlich sein, indem alle von der bisherigen Norm abweichenden Neuerungen und Verbesserungen, auch wenn sie für gewerbliche Rechtshandlung ungeeignet sind, bekannt und somit dem allgemeinen Wettbewerb preisgegeben werden müßten. Sie würde ferner die Möglichkeit einer für eine gerichtliche Verfolgung ausreichenden Feststellung der Beschaffenheit der Nahrungs- und Genussmittel voraussetzen. Solch einwandfreie Untersuchungsmethoden gibt es aber beispielsweise für Teigwaren mit Eiweiß noch nicht, und es würde deshalb an ihre Stelle ein unzulässiges Eindringen der Polizei in die Fabrikationsbetriebe und die Geschäftsführung treten und ein Denunziantentum unzufriedener Arbeiter, Angestellter und Kunden geradezu herbeigerufen werden. Zur Abstellung der vorhandenen Mängel wird eine Verbesserung des Sachverständigenverfahrens und eine Vereinfachung der Ueberwachung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genussmitteln verlangt und die Schaffung eines Nahrungsmittelrats befristet.

Deutsches Reich.

(Zur Vertretung der Industrie im preussischen Abgeordnetenhaus.) Die Kohlen- und Eisenerzwerke in Rheinland-Westfalen und Schlesien haben bei den letzten Landtagswahlen zwei eifrige Vertreter im Abgeord-

netenhaus verloren. Nicht wiedergewählt wurde der Syndikus der Handelskammer zu Essen-Ruhr, Sirsch, Schwiegerjohn des Generalsekretärs des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, des Herrn S. M. Wied. Auch der Generalsekretär der Oberschlesischen Kohlenkonvention Dr. Polz ist bei der Landtagswahl unterlegen. Neu in den Landtag eingetreten ist dagegen der Generalsekretär des Bundes der Industriellen, Dr. W. Wendlandt, Vertreter der verarbeitenden und fertigen Industrie, die zu den entschiedensten Gegnern der Preispolitik der Kohlenindustrie gehört.

Badische Politik.

Eine Richtigerstellung.

Mit Bezug auf den geistigen Bericht über die Hornberger Tagung der badischen Demokraten schreibt Abg. Muser der Redaktion der „Bad. Landesztg.“:

„Offenbar irreführt durch eine unrichtige Behauptung des Berichtes der „Frankf. Ztg.“ über unsere Hornberger Tagung — ich habe dafür Sorge getragen, daß die „Frankf. Ztg.“ ihren Bericht richtig — bemerken Sie in der „Landesztg.“, ich hätte behauptet, die Aufnahme der Lehrer in den Gehaltskreis sei am Widerstand der nationalliberalen Partei gescheitert.“ Ich habe eine derartige Behauptung nie und nirgends aufgestellt, vielmehr auf die öffentliche Anfrage eines Lehrers auf dem Delegiertentag in Hornberg bemerkt, die Sozialdemokraten und wir hätten in der Kommission die fragliche Aufnahme beantragt, der Antrag sei aber von den großen Parteien abgelehnt worden. Ich werde die Behauptung auch im Landtage richtig stellen, sobald ich zum Wort komme, und dabei ausdrücklich hervorheben, daß die Aufnahme der Lehrer in den Gehaltskreis nicht am Widerstand der Nationalliberalen, sondern der Regierung gescheitert.

Abg. Muser.“

Wir erwarten, daß nicht nur die „Frankf. Ztg.“, sondern auch die übrigen linksliberalen Blätter, die ähnlich wie erstere über Musers Äußerungen berichteten, die Richtigerstellung bringen. Den Zweck einer solchen tendenziösen, irreführenden Berichterstattung begreifen wir nicht. Sehr bloßfrendlich ist es jedenfalls nicht gehandelt, sehr anständig auch nicht, und es liegt nicht im Interesse der linksliberalen Parteien, die Nationalliberalen zu immer neuen Geduldsproben herauszufordern. Gerade der Karlsruher Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ hat schon oft in der unglaublichen Weise unsere Partei provoziert, wir haben häufiger seine „Jertümer“ über die nationalliberale Partei richtiggestellt, ohne daß er es für nötig gefunden hat, in seinem Blatte davon Kenntnis zu nehmen. Ein Verfahren, das gar nicht erst weiter gerichtet zu werden braucht. Nur seltsam, daß die freisinnigen und demokratischen Parteileitungen nicht längst Mittel und Wege gefunden haben, diesem Unfug ein Ende zu machen. Die nationalliberale Partei will in lokaler Weise auch ferner den liberalen Block mitmachen, aber sie darf erwarten, daß sie von den befreundeten kleineren Parteien und ihrer Presse etwas anständiger und richtiger behandelt wird, als es häufig der Fall gewesen ist. Hier ist jedenfalls ein recht jammervolles Karöver in der freisinnig-demokratischen Presse unternommen worden, die Lehrer gegen die nationalliberale Partei aufzugeben, wir bemerken sehr, daß es mit seiner Unwahrscheinlichkeit geeignet ist, Sympathien zu erwecken in den Kreisen, auf die es berechnet war.

Badischer Landtag.

(Von unserem Karlsruher Bureau.)

1. Kammer. — 19. Sitzung.

St. Karlsruhe, 22. Juni.

Präsident Prinz Max eröffnete kurz nach 4 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch: Minister Gebr. von Marckall, Generaldirektor Roth und Regierungskommissare.

Tagesordnung: Spezialbudget der Verkehrs- anstalten mit den dazu vorliegenden Petitionen.

Der Präsident machte kurze geschäftliche Mitteilungen, worauf in die Tagesordnung eingetreten wurde.

Geb. Sozialprofessor Dr. Kunte erstattete namens der Budgetkommission Bericht über das Spezialbudget der

Lautenburg abgetreten hatte, in bemerkenswert sicherer und eleganter Weise. Im Intimen Theater gastiert der Oberregisseur des Berliner-Theaters, Dr. Robert Franz Ferdinand und ein unmöglicher Ensemble in einem Schauerstück, das auf den freundlichen Titel „Eine Nacht im Selbstmörderklub“ hört. Eine ähnliche Geschmackslosigkeit, wie der unlängst im Bürgertheater durchgeführte „Campanella“ mit ein wenig Sherlock Holmes-Element verleiht. Schließend wäre noch zu bemerken, daß das kleine Schauspielhaus ebenfalls geworden ist, während der frühere Direktor dieser Bühne, Herr Schuba, ein Schillertheater vorbereitet. Und nun könnte der gewissenhafte Theaterchronist beruhigt seinen Griffel hinstellen, wenn er nicht noch zu garterlegt durch eine Neugierigkeit aus der Hofoper aufgedreht würde. Eine Roschicht, die eigentlich in den Rollenreportage gehört, aber immerhin charakteristisch genug ist, um noch verzeichnet zu werden. In der Hofoper hat es bei der letzten Aufführung der von Gustav Mahler ungestört gegeben und von Helly von Weingartner ins- folgedessen geführten „Walküre“ lärmende Demonstrationen und fünf Verhaftungen gegeben. Die ganze Sache ist eigentlich lächerlich, es hat sich bloß um die Begleitung einer Anzahl unbedeutender Takte gehandelt. Vielleicht war bloß die brüllende Hize daran schuld, im Verein mit dem unerträglichen Bewußtsein, daß gerade gegen unsere liebsten Mahleraufführungen jetzt so proo- zierend vorgegangen wird. Aber das ist ein Axiom, das wohl erst im nächsten Jahre erklagt werden wird. Es ist ja wahr, Herr von Weingartner hat ja sehr viele Gegner, aber man muß es ihm lassen, daß er bei einigen Wiener Theaterdirektoren ist, der in dieser toten Zeit noch unermüdlich für Anregung sorgt...

Buntes Feuilleton.

— Ein furchterliches Verbrechen, über dessen Motiv bis jetzt noch ebenso große Unklarheit herrscht wie über die Person des Täters, setzt die Einwohner Bologna in große Bestürzung und Erregung. Der sechzehnjährige Kellnergehilfe Mario Pizzirani hatte sich von dem Café, in welchem er ange- stellt war, um Rittersnacht entfernt und mit einigen Alters- genossen noch in einige kleinere Wirtschaften begeben. Erst um 2 Uhr trat er den Heimweg an. Auf diesem muß er hinterwärts überfallen und mit seinem eigenen Taschenmesser erdroffelt worden sein. Am frühen Morgen wurde er in der Nähe der Schlächtereien tot aufgefunden. Von den

Verkehrsanstalten und zwar: a) des Eisenbahnbetriebs, b) der Bodenseedampfschiffahrt, c) des Anteils Badens an den Rhein- einnahmen der Main-Redarbahn für die Jahre 1908 und 1909, sowie in Verbindung damit die hierzu vorliegenden Petitionen. Die Kommission hat das vorliegende Budget in eingehender Weise beraten und kam zu dem Antrage, die Kammer wolle dem Spezialbudget der Verkehrsanstalten in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der zweiten Kammer Genehmigung erteilen. Die Kante unserer Staatsbahnen stellt sich nach dem Betriebsüberschuß des Jahres 1906 mit 28 504 262 M. auf 4,18 pCt. Die Kante anderer deutscher Bahnen betrug 1906: im Reichsland 4,73, bei der preussisch- hessischen Gemeinschaft 7,5, in Bayern 3,71, in Sachsen 5,39 und in Württemberg 3,37. Der Betriebskoeffizient, das heißt das Verhältnis des Gesamteinnahmens zu den Gesamtausgaben, stellt sich in den letzten fünf Jahren wie folgt: 1902: 81,20, 1903: 71,95, 1904: 68,47, 1905: 71,07, 1906: 70,15, 1907: 72,75. Nach dem Vorschlag 1908/09 würde sich der Betriebskoeffizient auf 77,6 berechnen. Das von der Eisenbahnverwaltung beschäftigte Personal einschließlich der Werkstättenarbeiter betrug 1906 zusammen 24 471 Personen. In einzelnen Posten des Vorschlags der Eisenbahnbetriebs- verwaltung ist infolgedessen eine grundsätzliche Minderung eingetreten, als vom 1. Januar 1908 ab die Position „Kosten und Verwaltungskosten“ im Eisenbahnbudget in Wegfall kommt und für diese Verwaltungskosten des Eisenbahnbauens unter den Ausgaben der Betriebsverwaltung unangeführt veranschlagt und als Betriebsausgaben berechnet werden. Eine weitere grundsätzliche Minderung, welche dem Betriebs- etat zur Last fällt, besteht darin, daß bisher die Kosten für Erneuerungen, Verbesserungen und Neubauten nur bis zur Höhe von 50 000 M. angefordert wurden, während im dar- liegenden Etat die Grenze bis auf 100 000 M. hinaus- geschoben ist. Gegen diese Minderungen, durch welche eine Hebererhöhung mit den übrigen größeren deutschen Staats- bahnenverwaltungen herbeigeführt wird, bestehen keine Bedenken. Der Verband der Bureau-, Kanzlei- und Rechnungs- beamten der badischen Staatsbahnen hat sich mit der Bitte an die Landstände gemeldet, es möchten im Nachtrags- etat weitere 70 Bureauassistenten angefordert werden. Die Kommission beantragt, die Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. Zum gleichen Antrage ge- langte die Kommission bezüglich der Petition des badischen Eisenbahnerverbandes um Regelung der Lohn- und Dienst- verhältnisse des im Taglohn beschäftigten Personals der bad. Staatsbahnen und der Bodenseedampfschiffahrt-Ver- waltung.

Eine Petition der Stadtgemeinde Neustadt mit 56 anderen Gemeinden sucht wiederholt um Aufhebung des Entfernungs- aufschlages für die Jahradrede auf der Höllestraße nach. Die Kommission stellt dem Antrag, diese Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. In der Strafe Ruckbad- Wudau gelegene Gemeinden beantragen in einer Petition eine Ermäßigung der Personen- und Güterzölle. Die Kommission kam zu dem Antrage, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen. Bei der Beratung über die Personentarifreform vor zwei Jahren hat die Kommission die Notwendigkeit einer einheitlichen und gleichmäßigen Gestaltung des Personentarifes auf allen deutschen Bahnen betont und auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welche aus einer Ablehnung der 4. Klasse und der dadurch entstehenden Isolierung Badens erwachsen müßten. Nachdem die Einführung der 4. Wagenklasse in Württemberg, dem Reichsland und der Pfalz inzwischen sich anstandslos voll- zogen hat und in Baden die erwarteten Schwierigkeiten einge- treten sind, kann die Kommission nur dringend empfehlen, daß die badische Staatsbahnenverwaltung halbmöglichst dem Beispiel der Nachbarstaaten folgt und durch Einführung der 4. Klasse die erforderliche Einheitlichkeit und Gleichmäßigkeit der Klassen- einteilung und Wagenbezeichnung herstellt. Die Frage der Ver- tragsmittelgemeinschaft bezw. der gemeinsamen Güternagen- benutzung durch die Staatsbahnenverwaltung befindet sich noch in der Schwebe. Die Kommission kann nur von neuem betonen, daß sie noch wie vor im nationalen wie im wirtschaftlichen Interesse einen engeren Zusammenschluß der deutschen Staats- bahnenverwaltungen für dringend wünschenswert hält und die Regierung bittet, in diesem Sinne wirken zu wollen. Einen erfreulichen Ausblick hat unser Bahnnetz erfahren. Es hat das zur wirtschaftlichen Hebung unserer Bevölkerung beigetragen.

Verhaftungen, die die Polizei vornahm, wurde nur eine auf- recht erhalten. Man nimmt an, daß Rache oder Verhütung der Ausfuge eines Verbrechens, von dem der Ermordete Kunde erhalten haben mochte, die Tat veranlaßt haben.

— Selbstmord eines Malers. Der ungarische Maler Franz Szikszay aus Budapest hat dieser Tage bei Versailles einen Selbstmord begangen. Hierüber werden folgende Einzelheiten bekannt. Szikszay wohnte in dem kleinen, reizend gelegenen Ort Orsay in der Nähe von Versailles mit seiner Frau seit längerer Zeit eine kleine Villa. Gestern traf er noch keine Vorbereitungen für seine Sommerreise, während seine Frau im Garten Rosen pflanzte. Szikszay war wie gewöhnlich auch in den letzten Tagen sehr heiter und gesprächig. Wöglich hörte Frau Szikszay von der Villa her einen heftigen Knall und gleich darauf stürzte die Kammerjungfer bleich und auf- geregelt herbei mit dem Ruf: „Kommen Sie rasch, gnädige Frau. Der Herr ist verwundet.“ Man fand im Schlafzimmer des ersten Stockwerkes der Villa Szikszay mit einer großen Schußwunde im Schädel, im Blute schimmend, bereits tot auf. Der Unglückliche hat sich durch drei Revolverkugeln ge- tötet. In einem auf den Nachtschloß liegenden Brief nimmt er Abschied von seiner Gattin und erklärt, er habe seit langer Zeit die Absicht gehabt, sich freiwillig den Tod zu geben; er wolle aber die Beweggründe des furchtbaren Entschlusses ge- heim halten. Frau Szikszay ist in tiefer Verzweiflung und vermag ebensowenig als die anderen Personen, welche in letzter Zeit mit dem Maler verkehrten, die Ursachen anzu- finden zu machen, welche ihren Gemahl zum Selbstmord trieben. Szikszay war 36 Jahre alt und arbeitete in der Umgebung von Versailles seit Monaten an Landschafts- bildern. Er verkehrte ausschließlich in künstlerischen Kreisen.

— Die verstaubte Rädnabel. Mit dem Meiste auf die abend- lichen Reihen scheinen sich die Frauen auch einen Anspruch auf die Professorenkreistheile zu erheben. Wenigstens scheint dies aus einer mißlichen Geschichte, die kürzlich, wie Pariser Blätter erzäh- len, der ersten französischen Professorin Madame Curie passierte, herzu- gehen. Als sie eines Morgens ganz in ihrer Untersuchungen ver- tiefte war, kam eine Schmeichelei auf sie angesetzt und rief aus: „Madame, Madame, ich habe eben eine Rädnabel verstaubt.“ — „O“, sagte Madame Curie in ihrem ruhigen Tone, „hier haben Sie eine andere!“

Beamtenvorlagen.

Eingelaufene Petitionen: 1. Petition des badi- schen Geometervereins zum Gehaltsstarif; 2. Petition der Gemeinden Karlsruhe, Winsteln, Adelshausen um Errichtung einer Güterlabelstelle in Station Weuggen betr. Uebergeben vom Abg. Birkenmayer.

Abg. Kops (Str.):

Die finanzielle Mehrbelastung durch die Beamtenvorlagen können wir vor dem Lande wohl verantworten. Wenn der Finanzminister in der Kommission gemeint hat, daß in der Aufbesserung der oberen Beamten zu weit gegangen worden sei, so glaube ich, werden diese mit ihren erhöhten Gehältern keine Glücksgüter sammeln können. Auch die Erhöhung des Mindestgehaltes der akademisch gebil- deten Beamten von 2400 auf 2500 M. kann nicht be- anstandet werden. Wir müssen diese Säge erhöhen, um den Aufstieg der Söhne unterer Schichten in diese Berufe zu er- möglichen.

Wenn wir die Gehaltsordnungen anderer Staaten be- trachten, so ist es nicht so, als ob wir uns mit unserer neuen Gehaltsordnung übernehmen würden. Bezüglich der unteren Beamten mag es sein, daß wir alle anderen Staaten überbieten. Aber das war stets unser Ehrenziel, den wir uns auch weiterhin wahren wollen. Auch unsere Städte zahlen ihren Beamten wesentlich höhere Gehalts- sätze, als sie jetzt von uns für die Staatsbeamten vorgesehen sind. Wir können die neue Gehaltsordnung, die wir hier beschließen, vor unserem Volke sehr wohl verantworten. Auch die Beamten können mit der neuen Ordnung zufrieden sein. Bringt doch sie ganz hervorragende Vorteile: so die bedeu- tende Vermehrung der gehobenen Stellen, die sehr bedeutende sofortige Aufbesserung der Beamten infolge der Uebergangs- bestimmungen, die bedeutende Erhöhung der Mindest- und Höchstgehälter, die gleichmäßige Bemessung der Zulagestrafen, wodurch der Höchstgehalt früher als bisher erreicht wird, die Erhöhung der niedrigsten Pension von 30 auf 35 pCt. Auch das Hyamtengesetz bringt eine wesentliche Besserung der recht- lichen Stellung der Beamten. Wesentlich aufgebeßert sind auch die weiblichen Beamten. Das Verlangen von verschiedenen Seiten, die weiblichen mit den männlichen Be- amten gleichzustellen, erscheint nicht gerechtfertigt, da die Re- gierung auch die Frage des Bedürfnisses zu berücksichtigen hat.

Der Grundsat, daß das Dienstalter beim Vorrücken in höhere Klassen entscheidend sein soll, hat im Entwurf gefehlt; er ist durch die Kommission wieder an die Spitze gestellt worden. Dem Verlangen der Regierung ist durch Schaffung von Spitzenstellen Genüge gegeben worden. Zu be- grüßen ist, daß im § 12 genügende Garantien für das Auf- rücken in die höheren Gehaltsklassen geschaffen worden sind. Erreutlich war es, daß die Kommission grundsätzlich ihre Ueberzeugung dahin ausgesprochen hat, daß das fortwährende Sinausschrauben der Mittelschulbildung bei den mittleren Beamten abzulehnen sei. Die Vorbildung muß sich auch nach den Bedürfnissen des Dienstes richten. Der Besuch einer Klassen Mittelschule wird für die meisten mittleren Be- amten genügen. Was das Wohnungsgeld anlangt, so mögen die Verhältnisse in Mannheim tatsächlich so ge- lagert sein, daß eine baldige Aenderung erwünscht ist. Allein, wäre Mannheim allein herausgegriffen worden, so hätte das einen Sturm der Entrüstung entfacht. Rothwendig ist aber die Neuregelung des Ortsklassentarifs des Wohnungsgeldes für den nächsten Landtag. Dem Wunsch des Kollegen Wildens, daß man die Erhebungen über die Bedürftigkeit der Hinterbliebenen von Beamten mit dem nötigen Takt vor- nimmt, möchten wir uns mit aller Wärme anschließen.

Der Notarverein hat gebeten, den hinterbliebenen Kin- dern bis zum 21. Jahre eine Pension zu gewähren. Der Gedanke ist uns äußerst sympathisch gewesen, seine Durch- führbarkeit ist aber an der Unzulänglichkeit der Mittel ge- scheitert. Leider ist es nicht gelungen, alle Beamten zu stellen. Die Kommission selbst hat verschiedene Unstimmigkeiten festgestellt, aber bestehen lassen müssen; ich denke hier z. B. an die Techniker. Freilich so schlimm sind sie nicht gefahren, wie mein Freund Hergt meint. Auch bei den Landgerichtsräten muß ein gewisses Unbefriedigtsein konstatiert werden. Das kommt daher, daß die Regierung mit der Kommission das Vornehme hatte, die Einzelrichter mit den Kollegialmitgliedern gleich- zustellen. Auf der anderen Seite sind aber auch die Amts- richter nicht zufrieden, da die Gleichstellung doch nicht voll- kommen durchgeführt worden sei. Die Richter klagen auch, daß sie gegenüber den Verwaltungsbeamten zurückgesetzt seien. Man wird aber diese Behandlung nicht ganz für unbedeutend erklären können. Solche Klagen konnten hier sehr wohl noch weiterhin verwickelt werden. Es sollte nun eine gewisse Zufriedenheit und Vernügnung eintreten.

Die Lehrerfrage hat auch in der Kommission eine große Rolle gespielt. Unsere Freunde haben in der Kom- mission gegen die beantragte Resolution gestimmt und sie werden auch im Plenum gegen diese stimmen. Wir konnten auf diesem Landtage die Einreichung der Lehrer nicht erreichen; mit Gewalt hätten wir nichts erreichen können. Die Regierung hat ja auch in Aussicht gestellt, auf dem nächsten Landtag die Zulagestrafen und Zulagebeträge bezüglich der Volksschullehrer in Uebereinstimmung mit dem Gehaltsstarif zu bringen. Das neue Volksschulgesetz ist ein Kompromiß zwischen den Parteien, und die damals vorgenommene Er- höhung der Gehälter der Lehrer wurde als partiellisierte Ge- haltsaufbesserung vor dem Gehaltsstarif erklärt. Wir wissen nicht, ob wir schon auf dem nächsten Landtag von diesem Standpunkte abgehen sollen. Jedenfalls lassen wir die Sache an uns heran kommen, und greifen wir dem nächsten Land- tage nicht vor. Ein dringender Notstand bezüglich der Lehrer liegt nicht vor. Auch sollte nicht vergessen werden, daß die Einreichung der Lehrer in den Gehaltsstarif diesen recht erhebliche Nachteile bringt.

Das badiſche Volk bringt große Opfer für seine Beamten. Es darf dann aber auch erwartet werden, daß der Sturm von Petitionen aufhört und wieder Ruhe auf eine Reihe von Jahren in die Beamtenchaft zurückkehrt. (Beifall beim Zentrum.)

Abg. Kolb (Esp.):

Wenn die Sozialdemokratie nur in Agitation machen wollte, so hätte sie bei diesem Gesetzeswerk die günstigste Gelegen- heit gehabt, denn die Mißstimmung unter den Beamten ist auch jetzt noch eine sehr große. Wir haben aber auf dem Standpunkt

gestanden, daß es sich hier um ein sehr kompliziertes Gesetzeswerk handelt, bei dem nur etwas Erfriehliches herauskommen kann, wenn alle Parteien in praktischer Arbeit zusammenarbeiten.

Ohne die künstliche Verteuerung der Lebensmittel durch den Zolltarif hätten die Beamten unmöglich ihre Petitionen so begründen können, wie sie es allgemein getan haben. Die Tat- sachen beweisen, daß wir feinerzeit recht gehabt haben; denn wir leben gegenwärtig in einer Zeit schwerer Verteuerung, in der es Vielen fast unmöglich gemacht worden ist, anständig zu leben. Wenn wir eine 18-19prozentige Gehaltsaufbesserung unserer Beamten annehmen, so ist das ein erfreulicher Fortschritt, eine soziale Hebung des Beamtenstandes findet aber nicht statt. Nur ein sozialer Ausgleich; und das ist das Bedauerliche, daß wir heute nur wieder den alten Stand herstellen.

Was die Aufbringung der Mittel für die Gehalts- aufbesserung anlangt, so möchte ich, daß der alte agrarische Boden unserer Steuererhebung nicht fortgesponnen wird, daß nicht wiederum das platte Land entlastet wird zu ungunsten der Städte. Die letzten Vorgänge in den Städten haben gezeigt, daß auch einmal den Bewohnern der Städte die Geduld reißt. (Bis zum: Sehr richtig!) Die Sozialisierung der Gesellschaft bringt es mit sich, daß die Beamtenstände immer mehr wachsen. Die Zahl der Staats- und Kommunalbetriebe wird immer mehr wachsen, da der Staat nicht mit verdrängten Armen zureichen kann, wie die Uebermacht des Privatkapitals immer mehr wächst und monopolartig wird. Auch der neue Stand der Privat- beamten verlangt Hilfe vom Staate; die aber bedeutet einen neuen Eingriff in die Rechtsphäre des Privatkapitals. So wie sich die Grundlagen unseres modernen Staates ändern, so ändern sich auch die Unternehmungen, ich verweise nur auf die genossen- schaftlichen Unternehmungen. So wachsen wir allmählich in den Staats- und Kommunalsozialismus hinein. Es folgt daraus die Notwendigkeit der Demokratisierung des Staats- wesens.

Aus diesen Gesichtspunkten hätten wir gewünscht, daß auch die vorliegenden Vorlagen in demokratischere Normen gegossen worden wären. Wir wünschen, daß mit der Sozialisierung des Wirtschaftslebens auch die Demokratisierung des Staatslebens Schritt hält. Ein wirklich demokratischer Staat kann nie eine Gefahr für die Kultur sein. Der heutige Staat ist ein antisozialistischer kapitalistischer Staat. Wir sind in Deutschland gewiß bezüglich der Sozialreformen weiter vorge- schritten als demokratische Staatsformen; allein daran ist nicht das gute Herz der Kapitalisten schuld, sondern die starke Arbeiter- bewegung in Deutschland, welche den bestehenden Klassen das Ge- wissen geschärft hat. Je größer die Zahl der Beamten, desto größer ist ihre Abhängigkeit, wenn der Staat ausschließlich die Rechte, der Beamte ausschließlich die Pflichten übernimmt. Wir verlangen völlige Koalitionsfreiheit nicht nur für die Staatsarbeiter, sondern auch für die Staatsbeamten; wir verlangen ferner, daß der Beamte seine politische Ueberzeugung ungehindert bekundet und von ihr Gebrauch macht, solange er sich in den gesetzlichen Grenzen hält. Die Nationalliberalen hätten alle Ursache, sich uns anzuschließen, denn ihre Sonne ist im Untergehen, die Sonne des Zentrums ist aber noch lange im Aufsteigen. Bei uns in Deutschland spielen die politischen Ge- sichtspunkte bei Beurteilung der Beamten eine große Rolle; des- halb wollen wir nicht, daß der Beamte wegen seiner politischen Gesinnung gemindert wird. Es geht doch auch in anderen Staaten, daß ein Beamter einer politischen Richtung angehören kann, welcher er will. In England konnte ein Sozial- demokrat Minister werden, bei uns würde man sich da vor Verwunderung auf den Kopf stellen. Der Sozialdemokrat kann man nur wählen, wenn man ihre Anhänger mag. Man verweist auf die Staatsstraßen. Wozu muß nicht die Sozialisation herhalten? Es ist das weiter nichts als ein un- schriftlicher Begriff der Interessen der herrschenden Klasse. Bei uns ist der Disziplinargriff viel zu überhand; man sollte im bürgerlichen Leben nicht an Alles die Begriffe des Referen- offiziers leeren. Die Disziplin muß nur in vernünftigen Grenzen gehalten werden; sie darf nicht überpaßt werden. Be- amtenausschüsse würden für uns ein großer Segen sein; hätten sie schon bestanden, dann wäre unsere Arbeit in der Kom- mission bedeutend erleichtert worden, und auch der Stolz von Petitionen wäre unterblieben. Was wir bedauern, das ist, daß durch das neue Gesetz noch immer der Regierung zu große Wahl- befugnisse eingeräumt sind. Wir sollten die Stellung unserer Be- amten mit noch größeren Rechtsgarantien umkleiden. Die Zu- lagen sollten keine Prämien für gutes Verhalten sein, sondern der Beamte sollte einen Rechtsanspruch darauf haben. Auch in- bezug auf das Disziplinarmittel der Veretzung sind der Re- gierung noch zu große Machtmittel gegeben. Gewalt hat uns die Aufhebung der Arrêtirung und die Einschränkung des Erlassens, der ganz beseitigt werden sollte.

Bezüglich der Volksschullehrer haben wir eine Re- solution eingebracht, die wesentlich von der Resolution der Kom- mission abweicht, die Stellung der Regierung ist eine ganz un- haltbare. Die Regierung verachtet hinter ihren prin- zipiellen Bedenken ihre finanziellen Bedenken. Der Volksschul- lehrer als Gemeinbedeuter existiert überhaupt nicht. Die Frage ist nicht eine Frage der Lehrer, sondern eine Frage des ganzen Volkes. 1906 ist nur das nachgeholt worden, was vorher Jahr- zehnte lang verläumt worden war. Die Lehrer verlangen ihre Einreihung mit Recht, da sonst nicht nur sie, sondern auch die Volksschule geschädigt wird. Es würde kann recht bald der Zu- gang zum Lehrerberuf wieder aufhören, und der Volks- schule bleiben nur die minder qualifizierten Kräfte. Verträglich ist, daß das Volk auf dem Lande gegen die Volksschullehrer ist, und noch betrüblicher ist, daß verantwortliche Männer diese Gegenläufe zu verdrängen suchen.

Sehr getreut hat mich, daß aus der Vorlage der 900 Mark- Anfangsgehalt verschwunden ist, der Finanzminister hat sich auch geteilt wieder dem 2500 Mark-Anfangsgehalt der akademisch gebildeten Beamten widersetzt. Diese 2500 Mark sind wahrlich nicht zu viel, wenn man erst in späteren Jahren zu diesem Anfangsgehalt der ersten etatmäßigen Anstellung gelangt. Bedauern muß ich, daß die weiblichen Beamten den männlichen nicht gleichgestellt werden. Gleiche Arbeit sollte auch gleich entlohnt werden. Wenn es aber richtig ist, daß weibliche Arbeitskraft sich eher anbietet als männliche, dann läge umso- mehr Veranlassung vor, die weiblichen Beamten den männlichen gleichzustellen. Heute ist wenigstens die Möglichkeit gegeben, daß ein Beamter ohne Mittelschulbildung in Mittelstellungen aus- rückt und ohne akademische Bildung oberer Beamter wird. An- schlaggebend sollte wirklich nur das Wissen des Beamten sein. Bedauern müssen wir das Verhüllen von Gehaltsklassen. Ich befürchte daraus sehr unangenehme Folgen. Die Regierung hat sozial Disziplinarmittel, daß sie die erste Gehaltsklasse nicht braucht. Ich befürchte, daß Fälle vorkommen könnten, wo dann Paragr. 16 recht bedenkliche Folgen haben würde. Sehr erzie-

Die Eisenbahnverwaltung hat bei dem von den Bahnen das zollfreie Interesse nicht in den Vordergrund gestellt, sondern des volkswirtschaftlichen Charakters, die Interessen der Allgemeinheit in Berücksichtigung gezogen. Dafür verdient sie Anerkennung. Der Betrieb unserer Bahnen ist ein guter. Das ganze Personal vom höchsten Beamten bis zum niedersten Angestellten ist seine Pflicht, wozu Lob und Anerkennung ausgesprochen werden müssen. Unsere Lüge haben eine Ausstattung erhalten, die allgemeinen Weisheit findet. Die Einnahmen aus dem Per- sonalverkehr sind zurückgegangen. Es war das noch Einfüh- rung der Personalreform nicht anders zu erwarten, denn der Zweipennigtarif hat eine Abwanderung in die unteren Klassen zu Folge gehabt. Wir dürfen aber hoffen, daß nach und nach durch die Steigerung des Verkehrs der Ausfall wieder aus- geglichen wird. Anzuerkennen ist es, daß die Eisenbahnverwal- tung das Personal, besonders die Arbeiter besser gestellt hat.

Herr v. Müdt: Der Anerkennung, welche unserer Eisen- bahnerverwaltung und dem, was sie leistet, ausgesprochen worden ist, kann ich mich nur anschließen. Anerkennung verdient auch ohne Ausnahme unser Personal. Dasselbe ist gut geschult und tut seinen Dienst mit einem Fleißest, der Anerkennung ver- dient. Auch unser Material ist ein gutes. Wir dürfen hoffen, daß wir mit unseren Bahnen den Vergleich mit anderen Bahnen anhalten können. Der Redner vertrat sodann verschiedene Wünsche, die sich auf die Befestigung der Reichsbelästigung, die Anschaffung zweckmäßiger Vorhänge für die Eisenbahnräume und die Bekämpfung der Zeugbelästigungen bezogen. Was die Frage der 4. Wagenklasse betrifft, so gehört heute schon ein ge- wisser Mut dazu, deren Einführung zu verlangen. Es hat mich gefreut, daß die Kommission sich für die Einführung dieser Klasse ausgesprochen hat. Man ist mit diesem Standpunkte keineswegs rückständig. Im übrigen haben wir ja heute schon die 4. Klasse, wenn sie auch die Bezeichnung nicht hat. Aber gerade daraus ent- stehen große Schwierigkeiten, nicht nur für den Verkehr mit den Nachbarstaaten, sondern auch für den Verkehr innerhalb des Landes. Die vierte Klasse ist gar nichts besonderes und sie hat nicht unterirdischen Charakter, wie uns der Verkehr in anderen Staaten, auf den Lokalbahnen und Straßenbahnen, die nur eine Klasse besitzen, zeigt. Man sagt, es solle mit der 4. Klasse ein neuer sozialer Unterschied geschaffen werden. Ich kann eine solche Auf- fassung nicht begreifen in einer Zeit, in der bei diesen Fällen und aus verschiedenen Anlässen alle Gesellschaftsklassen in steter Be- rührung mit einander kommen. Wir werden dazu kommen müssen, die 4. Klasse einzuführen. Je früher dies geschieht, desto besser ist es für unsere Bevölkerung. Der Redner brachte zum Schluß einige Jahresplanwünsche zur Sprache zur Besserung des Ver- kehrs auf der Oberrheinbahn.

Minister Herr v. Marschall: Für die Anerkennung, welche der Eisenbahnverwaltung ausgesprochen wurde, sage ich meinen Dank. Die freundlichen Worte sollen uns ein Ansporn sein, auf dem betretenen Weg weiter zu schreiten und bestehende Mängel abzurufen. Wir würden manchen Mangel be- seitigen, wenn uns stets die Mittel hierzu zur Verfügung ständen. Wir müssen große Sparmaßregeln walten lassen. Auch der Bericht der Kommission enthält eine Mahnung zur Sparsamkeit. Es ist richtig, daß die Ausgaben eine steigende Tendenz zeigen, wäh- rend die Einnahmen nicht gleichen Schritt halten. Die Ausgaben haben eine wesentlich höhere Steigerung erfahren als die Einnahmen. Der Betriebskoeffizient hat eine Steigerung erfahren. Wir müssen nach Lage der Verhältnisse die Einnahmen vorfristig aufstellen. Aber es muß gesagt werden, daß der Koeffizient durch die Ausgaben, welche das neue Beamtenge- seh verursacht, sich noch weiter steigert. Das er nicht über ist, haben wir der größeren Einnahme aus dem Güterverkehr zu verdanken. Die Einnahmen aus dem Personalverkehr zeigen einen Rückgang. Es ist das nicht erntlich, eher einen Trost gewährt uns bei dieser Erscheinung die Tatsache, daß der Rückgang der Einnahmen nicht auf einen Rückgang der Frequenz zurückzuführen ist. Die Fre- quenz hat sich im Gegenteil gesteigert. Die Ursache der Minder- einnahmen ist auf die Personalreform zurückzuführen.

Es wird die Frage aufgeworfen sein, ob nicht für eine große Zahl der Reisenden der Tarif zu sehr herabgesetzt wurde und ob die Regierung sich nicht zu Maßnahmen entschließen soll, die ohne die Bevölkerung zu belästigen, eine Hebung der Einnahmen bringen. Ich habe nicht an, zu erklären, daß die Regierung eine solche Maß- nahme in der Einführung der 4. Wagenklasse erblickt. Die Regie- rung steht aber auf dem Standpunkt, daß sie in dieser Angelegen- heit zunächst noch den Abschluß weiterer Erhebungen über die Tarif- reform abwarten muß. Der Redner äußerte sich sodann kurz zu ein- zelnen Anregungen des Verredners und dankte nochmals für die der Eisenbahnverwaltung und ihrem Personal ausgesprochene An- erkennung. Wir werden bestritten sein, allen Ansprüchen, die an eine Staatsbahnverwaltung gestellt werden können, gerecht zu werden.

Präsident Direktor Dewitz: Den Ausführungen des Berichtred- ners kann ich mich in allem anschließen, besonders auch in dem, was er über die 4. Wagenklasse gesagt hat. Ich glaube, daß hier im Grunde kein Widerspruch gegen die Einführung der 4. Wagenklasse vorhanden ist. Ich kann der Regierung nur raten, die 4. Klasse recht bald einzuführen, damit die Agitation gegen dieselbe endlich aufhöret. Ein Fortschritt ist die 4. Klasse allerdings nicht, sie ist aber auch kein Anreiz für das Land. Die Regierung möchte ich bitten, die Be- triebseinstimmigkeit im Auge zu behalten. An die Regierung möchte ich die Anfrage richten, ob bezüglich der bei Besprechung der Frage der Rollennot gegebenen Anregung auf Beachtung der englischen Rolle gegeben werden kann.

Generaldirektor Koth äußerte sich zu verschiedenen in der Debatte vorgebrachten Wünschen, deren Erfüllung er zulagte. Die Frage der Betriebsmittelschulung wird von der Regierung im Auge behalten werden. Was die Forderung für englische Rollen be- trifft, so ist darauf hinzuweisen, daß sie, wenn die Ausbildung in unseren Höfen erfolgt, zu den gleichen Frachtsätzen befördert werden wie die anderen Rollen. Ob Norddeutschland eine Ermäßigung ein- treten läßt, möchte ich bezweifeln.

Hierauf wurde in die Spezialberatung eingeleitet und nach einer kurzen Debatte, an der sich der Berichtshalter Dr. Dun- itz, Präsidents Direktor Dewitz und Minister Herr v. Marschall be- teiligten, die Anträge der Kommission angenommen.

Der Präsident teilte hierauf mit, daß er durch anderweitige An- sprüche in den nächsten drei Wochen nicht in der Lage ist, an den Verhandlungen des Hauses teilzunehmen. Darnach wurde die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung: Freitag, 10 Uhr.

Tagesordnung: Budget des Ministeriums des Innern; Peti- tionen.

2. Kammer. — 93. Sitzung.

2. Karlsruher, 23. Juni.

Präsident Fehrenbach eröffnet 9 Uhr 15 Min. vorm. die Sitzung.

Am Regierungsrath Staatsminister Freiherr von Dufsch, Ministerialpräsident Dr. Gonsell, Freiherr v. Mar- schall, Freiherr v. Bodman, Ministerialdirektoren Tröger und Schulz, Geh. Finanzrat Nicolai.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Be- ratung der

lich ist der Paragr. 44 und auch Paragr. 48 bedeutet einen großen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand. Die Techniker sind immer noch nicht genügend berücksichtigt worden; sie rangieren noch immer hinter den Juristen. Heute können die Techniker bestmöglich nach B 5 als Mitglieder von Mittelstellen, während die Juristen zu den höchsten Staatsstellen vordringen können. (Parufe: Der Finanzminister!) Ja, das ist auch nur eine Ausnahme. (Weiterkeit.) Zum Finanzminister holt man nur dann solche Leute, wenn man glaubt, daß sie ein besonders feines Rädgrat gegenüber den Wünschen der Beamten haben. Unzweifelhaft ist, daß der Lokomotivführer mit dem Zugmeister in einer Stelle rangiert. Bedauern muß ich auch, daß die Bitte der Stationsvorsteher und Stationsmeister, die aus den Stationsgehilfen hervorgegangen sind, nicht so berücksichtigt wird, wie sie es gewünscht haben.

Die Beamten nehmen sich leider gegenüber dem Publikum Dinge heraus, die nicht vorkommen sollen. Eine arme Frau, die sich einen Schiffsarzt vom Kollegen Geil anfertigen ließ, ist vom Amtmann in Offenbürg angefahren worden, weil sie es gewagt hätte, sich einen Schiffsarzt von einem Sozialdemokraten anfertigen zu lassen. Solche Dinge sollten sich nicht mehr ereignen! Trotz erheblicher Ausstellungen haben wir uns entschlossen, der Vorlage im ganzen zuzustimmen, weil sie immerhin einen großen Fortschritt bedeutet. Wir hoffen aber, daß sich ein Fall Schüßler und ähnliche Dinge nicht wieder ereignen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatsminister Freiherr von Dufsch:

Nach den Schlussworten des Abg. Kolb ist anzunehmen, daß das Gesetz einstimmig angenommen wird. Ich will hierbei meiner Freude Ausdruck geben, daß es gelungen ist, ein solch einstimmiges Votum herbeizuführen. Auf Einzelheiten will ich soweit als möglich, nicht eingehen. Nur meiner Befriedigung will ich Ausdruck geben, daß nach den Äußerungen aller Redner im hohen Maße die Ueberzeugung herrscht, daß zur Finanzierung der Gesetze ernsthafte Maßnahmen nötig sein werden, daß es unumgänglich sein wird, eine Steuererhöhung herbeizuführen. Es wird demnach ein Gesetzentwurf dem Hause zugehen, der bestimmt ist, diese Frage zu regeln.

Es ist darauf hingewiesen worden, daß es wünschenswert wäre, den ganzen Beamtenorganismus zu vereinfachen und die Zahl der Beamten einzuschränken. Die Regierung wäre dazu gerne bereit, allein es entspricht der Tendenz dieses Hauses, daß die Zahl der Beamten nicht vermindert, sondern erhöht werden soll. Allein es sind mehr theoretische Fragen. In meiner Eigenschaft als Justizminister möchte ich mir die Bemerkung hinsichtlich der Richter erlauben. Es wäre mir sehr erwünscht gewesen, den Landgerichtsräten eine höhere Stelle im Tarif einzuräumen. Allein einer solchen Regelung standen große Schwierigkeiten entgegen, die nicht zu beseitigen waren. Denn das auch vom Standpunkt dieser Beamten zu bedauern ist, so muß es im Interesse des ganzen Gesetzeswerkes hingenommen werden.

Was die von den Sozialdemokraten eingebrachte allgemeine Resolution hinsichtlich der Beamten anlangt, so gestatte ich mir, auf die Tatsache hinzuweisen, daß die Forderung eine ganz einseitige ist. Denn das hohe Haus kann nur einen Gesetzesvorschlag machen, oder aber eine Resolution in dem Sinne fassen, daß entweder die Erwartung ausgesprochen oder die Regierung ermahnt wird, in irgendeiner Weise vorzugehen. Einen kategorischen Imperativ aufzustellen, ist etwas durchaus unbilliges. Ich glaube, es ist das nur ein Versehen in der Abfassung der Resolution. Die Resolution ist aber auch sonst für die Regierung absolut unannehmbar. Sie beruht schon von vornherein auf unrichtigen Rechtsbegriffen. Es ist kein staatsbürgerliches Recht, Beamten zu werden oder zu sein. Es ist auch kein staatsbürgerliches Recht des Beamten, eine politische Meinung zu betätigen. Eine Resolution in dieser allgemeinen Fassung ist für die große Regierung unannehmbar. Man müßte dann noch dieser Resolution auch gestatten, daß ein Bezirksvorstand alle sozialdemokratischen Versammlungen seines Bezirkes präsidiert. Es läßt sich überhaupt bezüglich der politischen Stellung der Beamten ein allgemeines Prinzip garnicht aufstellen. Es wird doch von den Antragstellern nicht bestritten werden können, daß es der Regierung unmöglich ist, sozialdemokratische Regierungsbeamte anzustellen. Es kann doch ein Beamter dem Großherzog die Treue nicht schwören, welcher eine sozialdemokratische Meinung betätigt. Im Richterberufe und im Lehrberufe sind im übrigen schon heute Männer aller politischen Richtungen vertreten. Die Rede, die mein Kollege von Dörmann anlässlich der allgemeinen Debatte beim Ministerium des Innern gehalten hat bezüglich der Haltung der Regierung gegenüber der Sozialdemokratie unterschreibe ich Wort für Wort. Gesetze zu stiften, daß die Beamten volle Koalitionsfreiheit haben, ist ebenso unmöglich. Daß die Regierung nicht einseitig verfährt, kann man ersehen aus den vielen Beamtenorganisationen, die heute in unserem Lande existieren. Wenn der Abg. Kolb sagt, die politische Meinung gebe dem Staat nichts an, so muß ich dem gegenüber stehen, daß nirgends mehr auf die politische Meinung gesehen wird, als gerade bei der Sozialdemokratie, u. daß nirgends anders als dort jemand gemohrt wird, wenn er sich an der Befehlsgebung des Landesherren beteiligt.

Bezüglich der Volksschullehrer liegen 2 Resolutionen vor, eine von der Kommission u. eine von den demokratisch-sozialdemokratischen Parteien. Eine Vergleichung dieser beiden Resolutionen müßte gerade jene Herren, welche für die Kommissionsresolution eintreten wollten, etwas ruhigmachen, da mit der Annahme dieser Resolution auch keine Verdrängung eintreten würde. Denn jetzt verlangt man schon nicht nur die Entziehung der Lehrer nach G 2, sondern daß auch ein Drittel der Lehrer nach F 3 kommt. Wenn die sozialdemokratische Resolution angenommen würde, würde man einen Sprung in den Gehaltsfragen der Lehrer machen, wie man ihn einfach nicht machen kann. Wenn man vor 2 und 6 Jahren Reformen geschaffen hat, die schon jetzt dem Staat 2 Mill. Mark kosten, so kann man den Gehalt nicht wieder ausschlagen. Ich will mich nur noch dagegen wenden, daß gesagt wird, die Regierung wolle mit den prinzipiellen die finanziellen Bedenken bemängeln. Das ist nicht richtig. Die Regierung muß die finanziellen Bedenken auch würdigen, sie sind aber nicht vorwiegend. Die Gemeinde ist eben die Trägerin der Volksschule. Man kann darüber streiten, ob es in naher Zukunft anders kommt, zunächst ist das aber noch eine Utopie. Die Regierung ist entschlossen, den Verband der Lehrer mit der Gemeinde schwebelastig; das ist ein durchaus gesunde geistlicher Grundlag, der in ganz Deutschland gilt. Wenn man der Gemeinde jedes Interesse an der Volksschule nimmt, dann kommt es zur vollen Uebernahme der Schule auf den Staat. Die Tragung der Regierung, daß sie den Gehaltsstarif zurückziehen würde bei Entziehung der Lehrer in den Gehaltsstarif, war keine leere Drohung. Das wäre geradezu eine Gemeinlichkeitsaktion gewesen, es war voller Ernst der

Regierung. Die Regierung und die Schulverwaltung haben in dieser Frage ein gutes Gewissen und sie erörtern es auch, wenn der alte Spruch wieder zur Geltung kommt: „Undant ist der Welt Lohn!“

Nach weiteren kurzen Ausführungen des Abg. Bierich (konf.) der gleichfalls die Nichtaufnahme der Lehrer in den Gehaltsstarif bedauerte, wurde die Debatte abgebrochen.

Schluß der Sitzung 12 Uhr. — Nächste Sitzung: Mittwoch, 24. Juni, nachmittags 1/2 Uhr: Fortsetzung der Beratung.

Aus Stadt und Land.

* Mannheim, 23. Juni 1908.

Die süddeutschen Städtevertreter in England.

Es ist ein merkwürdiges Schauspiel, das wir seit geraumer Zeit in den Beziehungen zwischen Deutschland und England erleben: Auf beiden Seiten daub ein ehrlich gemeintes, von den besten Absichten geleitetes Sichnäher befehlen, fühl abwägender und ruhig denkender Männer zur Anbahnung eines im Interesse beider Länder liegenden freundschaftlichen Verhältnisses — bald eine leidenschaftliche, geradezu fanatische Hege chauvinistisch gekennzeichneter Patrioten, deren gewissenloses Treiben selbst vor den letzten und gefährlichsten Konsequenzen nicht zurückschreckt. Und bisweilen möchte es wirklich als ein Rätsel erscheinen, welche der beiden Strömungen schließlich die Oberhand gewinnen wird. Angeht dieser wechselseitigen Stimmung haben und trüben dürfte es sich doch verlohnen, auch einmal etwas eingehender auf eine Aktion zurückzukommen, die unter den beiderseitigen Freundschaftsbedingungen der neuesten Zeit eine ganz besondere Bedeutung beanspruchen dürfte. Wir meinen den Besuch süddeutscher Städtevertreter in London, der zufolge einer von dort aus ergangenen Einladung im letzten Monat erfolgt ist.

Bekanntlich hatte eine Vereinigung englischer Kommunalpolitiker, die British Municipal Society for the Study of Foreign and Colonial Municipal Institutions, vor Jahresfrist eine Reihe west- und süddeutscher Städte, darunter auch Mannheim, herbeigeholt, um die dortigen Gemeindeeinrichtungen zu befeichtigen und näher kennen zu lernen. Vor einigen Monaten nun wurden die Gemeindevorstände dieser Städte von dem Britischen Komitee für die Tage vom 18.—23. Mai zu einem Rekonferenzbesuch nach London eingeladen. Von allen beteiligten Städten wurde dieser Einladung ein lebhaftes Interesse entgegengebracht, das sich überall in der Entfaltung einer mehr oder minder großen Abordnung zu der Londoner Reise kundgab. Aber auch außerhalb der betreffenden städtischen Kollegien wurde dieser Londoner Besuch mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, so daß es wohl vielen Lesern erwünscht sein dürfte, über die Einzelheiten dieses Rekonferenzbesuchs etwas Näheres zu erfahren. Beteiligt waren an dem Londoner Besuche die Städte München, Frankfurt a. M., Nürnberg, Mannheim, Heidelberg, Stuttgart und Homburg v. d. S. Die Mannheimer Deputation bestand aus den Herren Bürgermeister Ritter, Stadträte Dittgenhöfer, Freitag, Löwenhaupt und Stadtverordneten-Vorstand Pfeiffle. Die Direkte der verschiedenen Abordnungen erfolgte nicht gemeinsam, so daß ihre Vereinigung erst in London selbst stattfand. Einige Deputationen allerdings waren sich schon unterwegs begegnet, so die Mannheimer und Nürnberger, die bereits auf der Ueberfahrt von Ostende nach Dover Freundschaft geschlossen hatten. Bei schönstem Wetter und wenig bewegter See war man über den Kanal gefahren, bis sich zum Schluß ganz plötzlich und für den Reising überrollend, dichter Nebel einstellte.

Das Londoner Absteigequartier der sämtlichen Abordnungen war De. Kajiers Royal Hotel, ein allen deutschen Engländerreisenden rühmlichst bekanntes, großzügiges Etablissement von Welttraf. Raum war man dort eingetroffen, als auch schon ein Vertreter des englischen Komitees erschien, um in herzlicher Weise die Ankömmlinge zu begrüßen und willkommen zu heißen. Beim Betreten seines Hotelzimmers fand jeder der Herren das Programm für die ganze Festwoche und eine Reihe Einladungen vor. Erhielt auf diese Weise jeder sofort ein klares Bild über die trefflichen Arrangements für den ganzen Besuch, so mag doch von manchem bedauert worden sein, daß über die diesseitigen und abwechselungsreichen Veranstaltungen nicht früher schon den einzelnen Städten wenigstens eine allgemeine Nachricht zugegangen und so einigermassen eine Vorstellung über das Wesen und die Bedeutung der ganzen Sache erwidert war. Zweifellos würde in diesem Falle auf deutscher Seite von vornherein das Interesse für die Engländerreise noch erheblich größer gewesen sein. Einzelne Städte waren ja sehr stark vertreten, insbesondere München, das eine Abordnung von 8 Mitgliedern entsandte und auf die Repräsentation großes Gewicht gelegt hatte. War doch der Führer der dortigen Deputation, Oberbürgermeister Geh. Hofrat Dr. von Borst, nicht nur von einem Kassidier, sondern auch von einem eigenen Sekretär begleitet, der jede der zahlreichen Reden seines Chefs sofort aufzunehmen und die heimische Presse fortlaufend zu bedienen hatte. Dem Münchener Gemeindevorstande, als dem Vorstande der größten beteiligten Stadt fiel denn auch naturgemäß in erster Linie die Vertretung der ganzen Reisegesellschaft zu.

Unter den Papieren, welche die deutschen Besucher sofort in ihren Zimmern vorfanden, war die Mitteilung, daß sie während der ganzen Woche im Hotel Gäste des englischen Komitees seien und tatsächlich hatte auch die Hotelverwaltung die strikte Weisung, sowohl in der Wohnung, wie für Verpflegung den deutschen Herren keinerlei Rechnung auszustellen. Ebenso stand für diese die ganze Woche über eine große Anzahl hochdekoranter, fein ausgestatteter Zweispännerwagen zur Verfügung, mit denen sich meistens die Randfahrten unternommen wurden. Geführt wurden die Wagen durch reich galonierete Livreebediener, die — eine besondere Aufmerksamkeit — Schleifen in deutschen Farben trugen. Man erhielt schon daraus die ausgesuchte Großzügigkeit, in der sich bei diesem Anlasse die englische Gastfreundschaft den deutschen Besuchern gegenüber bekundete.

* Ernannt wurde Eisenbahnassistent Gustav Schäfer in Karlsruhe zum Betriebsassistenten.

* Jageteilt wurde Neubestellter Anton Dörner in Kolb unter Zurücknahme der Versicherung nach Überbüh der Waldhausinspektion Durlach.

* Der Rheinische Verkehrsverein hält am Samstag, den 27. Juni, in Mannheim seine 4. Hauptversammlung ab. Für Freitagabend steht das Programm ein zwangloses Zusammensein im Friedrichspark vor. Der Vormittag des 27. Juni wird durch den geschäftlichen Teil im Anspruch genommen. Die Vorstandsitzungen beginnen morgens um 9 Uhr und mittags 12 Uhr schließt sich für alle Vereinsmitglieder offene Hauptversammlung an. Da der hiesige Verkehrsverein dem Rheinischen Verkehrsverein angehört, haben die Mitglieder des ersteren Zutritt zu der im Verammlungslokal des Kollegiums stattfindenden Tagung. Nachmittags 4 Uhr findet im Parkhotel das Heilfesten statt, wogu die Vereinsmitglieder und Freunde des Verkehrsvereins auch beim Hotel oder beim Verkehrsverein im Kaufhaus, woselbst auch das Programm zur Ansicht aufliegt, sich anschauen können.

* Der Paragr. 153 G.-O. Am 16. März, während des Ausstandes der Arbeiter, ging der Müller Hermann Karl Bauerfeld aus Heilbronn-Altendorf an dem Lager der Bina Messerschmitt im Industriehof vorüber. Ein Arbeiter war mit Leertönen von Norden auf einen Wagen beschäftigt. Bauerfeld hielt ihn für einen arbeitsfähigen Arbeiter, weil er englisch-berberne Hosen und feine Strümpfe anhatte, überhaupt wie ein Arbeiter gekleidet war. Es war aber der Kaufmann Friedrich Denger, der Arbeitereidens verteilte. Bauerfeld bemerkte zu einem anderen Manne: „Das ist wohl auch einer von den Ehrenmännern, der Lausbub. Bauerfeld befindet in der Verhaftung gegen ihn vor dem Schöffengericht, das Wort Lump gebraucht zu haben. Das Gericht erließ in der Verurteilung des Angeklagten ein Vergehen gegen den Paragr. 153 G.-O. und verurteilte ihn zu der Haftstrafe von 3 Tagen Gefängnis.“

* Aus Ludwigsbafen. Der Backsteinarbeiter Klamm von Heidenheim, welcher vor einigen Tagen beim Backsteinladen in der Nähe der Gialinischen Fabrik in den Rhein stürzte und erkrankt, wurde am Samstag geländert und gestern in seinem jetzigen Wohnorte Neuhofen beerdigt. — Einen unüberlegten rohen Jugendstreich beging gestern ein 13 Jahre alter Lehrling des Metzgermeisters Demuth von hier. Er führte den Hund von Baden in den Rhein. Nach dem Baden legte er den sehr bissigen Hund, ohne ihm den Maulkorb anzulegen, auf die umstehenden Kinder. Der Hund stürzte sich auf den 13 Jahre alten Friedrich Schrot, Sohn von Jakob Schrot, wohnhaft Marktstraße 53, und brachte ihm an den Armen, Beinen und dem Kopfe schwere Verletzungen bei. Der Junge war derart zerfleischt, daß ein in der Nähe weilender Arzt seine Ueberführung ins k. k. Krankenhaus anordnete. — Auf eine behauerliche Weise bißte das 1 Jahr alte Kind des Wagners Gustav Martin, wohnhaft Elbgasse 20 in Mundenheim, sein Leben ein. Das Kind warf eine auf dem Boden stehende Kanne mit heißer Wurstsuppe um. Der Inhalt ergoß sich über das Kind und es wurde von der Suppe berührt, daß es bald verstarb.

Polizeibericht vom 23. Juni.

(Schluß.)

Unfälle. a) an der Ede Mittel- und Drahtstraße fuhr ein noch unermittelter Radfahrer im Alter von ca. 23 bis 30 Jahren, kräftig gebaut, bekleidet mit Schwarzem Jackett und weißem Strohhut, am 19. d. Mts. zwischen 7 und halb 8 Uhr mit seinem Fahrrad das 7 Jahre alte Sohn eines in der Mittelstraße 66 wohnenden Gastes so um, daß der Knabe einen Oberschenkelbruch davontrug und mittelst Sanitätskolonnen in das Allgem. Krankenhaus überführt werden mußte. Der Radfahrer fuhr nach dem Unfall davon, ohne sich um das verletzte Kind zu kümmern. — b) Eine 11 Jahre alte Volksschülerin erlitt am 22. d. Mts. mittels dadurch einen Unfall, daß sie beim Aussteigen ihres Hemelstrokes vom Schweg vor dem Hause Anstetter 26 mit dem Kopfe in eine als Schutzvorrichtung auf der Fensterbank genannten Gouise angebracht 7 Ctm. lange eiserne Stachel stieß und sich an der linken Wange erheblich verletzte.

Verkehrsstörung. Gestern Nachmittag brach beim Transport eines fahrbaren Kolonobilis nach dem Zentralgüterbahnhof beim Ueberfahren des Kolonobilis jenseits der Jungfernsbrücke die vordere Achse und wurde hierdurch der Fahrverkehr über die Brücke bis gegen 8 Uhr abends unterbrochen. Verletzt wurde niemand.

Unausgeklärte Diebstähle. Von noch unbekannt Tätern wurden in letzter Zeit bahier entwendet: 1) am 19. d. Mts. im städt. Männerfreibad Stephanienpromenade zwei Paar Schwärzchen und 1 gefleiderne Geldbörse mit 150 Mark Inhalt; 2) am 21. d. Mts. aus einem am Aufweideweg bei den Remmischen gelegenen Bachgarten durch Uebersteigen 2 neue, je 2 Meter lange und 1 Meter breite, weiß- und blaufarbige Tischdecken; 3) in der Zeit vom 15.—18. d. Mts. aus einer Monforte im Hause Friedrichsplatz 6 ein rotledernes Portemonnaie mit einem Zwanzigmorlstück, 2 Reismarkstücken, 2 Zweimarkstücken und 1 Jubiläumswedelmarkstück und einer quittierten Rechnung von Herzog Berlin; 4) in der Nacht vom 21.—22. d. Mts. im Hause Rodamerstraße 57 drei verschiedenfarbige Stollböden.

Fahrraddiebstähle: In letzter Zeit wurden hier folgende Fahrräder entwendet: Ein Radfahrer Weikrad, Fabr. Nummer 117574, das etwas aufwärts gebogene Lenkungs-, Korgriffe mit Gellendringen, schwarzen Rahmenbau und Felgen, vernickelte Speichen, der hintere Radmantel ist neu und ist das Rad noch gut erhalten. — Ein Superbe-Fahrrad mit schwarzem Rahmenbau und Felgen, sowie Torpedofreilauf und Rücktrittsbremse. — Ein Phänomen-Fahrrad mit schwarzem Rahmenbau und gelben Felgen. Die Glode trägt die Aufschrift G. Heger Böhrl. — Ein Superbe-Fahrrad, hat schwarzen Rahmenbau und Felgen, vernickelte abwärts gebogene Lenkungs-, Torpedofreilauf und Schußblende mit dem Namen R. Ahmann. — Ein Superbe-Fahrrad, Marke unbekannt, hat schwarzen Rahmenbau, neue aufwärts gebogene Lenkungs-, verrostete Speichen, Handbremse, Signalblende mit liegendem Adler. — Ein Phänomen-Fahrrad, hat schwarzen Rahmenbau und Felgen, befehle Lenkungs- und Torpedofreilauf, Marke unbekannt, abwärts gebogene Lenkungs- und ist das Vorderad grün angestrichen. Am jochdienliche Mitteilungen an die Schutzmannschaft wird erlucht.

Verhaftet wurden 19 Personen wegen verschiedener strafbaren Handlungen.

Der Förstermord am Müggelsee.

I.

ab. Berlin, 22. Juni.

Vor dem hiesigen Schwurgericht begann heute unter starkem Andrang des Publikums der Prozeß wegen der Ermordung des Königl. Försters Schwarzenstein in der Nacht vom 22. auf 23. Januar d. J. Der 54 Jahre alte Förster Schwarzenstein war in dieser Nacht, als er gegen 12 1/2 Uhr das Gehölz „Paradiesgarten“ verlassen hatte, hinterlistig niedergeschossen worden. Die Gäste, die mit ihm das Lokal verlassen hatten, hörten zwar die beiden Schüsse, die dem allgemein beliebten Förster den Tod bringen sollten. Sie legten ihnen aber keine Bedeutung bei. Erst am anderen Morgen wurde die Leiche des Gezierten aufgefunden. Die Polizei, die sich mit der Ermittlung des Täters sofort eifrig befahte, stand vor einer schwierigen Aufgabe, denn verdächtige Feinde hatte der alte Schwarzenstein nicht. Auch Willibode gab es nicht in seinem Revier. Die eingeleiteten Recherchen führten schließlich dazu, daß der eigene Sohn des Ermordeten, der frühere Forstleute Willi Schwarzenstein unter dem bringenden Verdachte des Vatermordes verhaftet wurde. Willi Schwarzenstein, der ein lockerer Burche war, hatte sich durch sein auffälliges Verhalten verdächtig gemacht. Er stand mit seinem Vater, der seine 6 Kinder in strenger Zucht hielt, nicht gerade auf bestem Fuße. Er hatte sich durch verschiedene Betrügereien in der letzten Zeit Geld verschafft, um seinen Reigungen leben zu können und mußte nun eine Entdeckung seiner Vergehen durch den Vater und eine harte Bestrafung befürchten.

Den Vorfall bei den Verhandlungen führt Landgerichts-... die Verteidigung hat Rechtsanwalt Dr. Schindt übernommen. Der Angeklagte, der einen sehr verächtlichen Eindruck macht, wird aus dem Moabit Gefängnis vorgeführt, wo er zurzeit eine Gefängnisstrafe von vier Monaten und zwei Wochen wegen Betruges und Urkundenfälschung verbüßt. Nach der Verlesung des Eröffnungsbeschlusses der den Angeklagten beschuldigt, in der Nacht zum 23. Januar ds. J. seinen Vater vorsätzlich getötet und die Tötung mit Heberlegung ausgeführt zu haben, wird in die Vernehmung des Angeklagten eingetreten. Er gibt an, am 23. Juli 1889 geboren zu sein. Wegen Betrugs und Urkundenfälschung verbüßt er zurzeit eine Gefängnisstrafe. Anfänglich war er Vorsteher, dann Kaufmannslehrling. In der Zeit vor der Morde war er längere Zeit fesslungslos, da er am 1. November seine Stellung bei einem Berliner Holzhändler aufgegeben hatte. Er fuhr trotzdem jeden Tag genau so wie früher nach Berlin, als ob er noch in Stellung wäre. So dummelte er von Weihnachten bis zum Januar ziellos in Berlin herum. — Vorl.: Was trieben Sie nun die ganze Zeit in Berlin? — Angekl.: Ich habe mir die Sebenswürdigkeiten angesehen und auch oft bei Mägden gesehen. Der Angeklagte gibt auf Befragen an, daß er viel mit Mädchen verkehrt habe und daß er sich das notwendige Geld zu diesem Leben zusammengeborgt habe und zwar vielfach bei Fremden und Bekannten seiner Familie auf den Namen seines Vaters. Jede Schuld an der Ermordung seines Vaters stellt er unterschieden in Rede. Seine Mutter sei am Tage vor dem Morde wegen einer Erbkrankheit verstorben. Er sei mit ihr anfänglich mitgefahren, habe sie aber dann verlassen, indem er ihr vorrede, er müsse ins Geschäft, um zu sehen, ob die Arbeiter dort auch wirklich arbeiteten. Um 1/2 Uhr abends sei er von Berlin heimgekehrt und fand seine Mutter schon wieder vor. Er habe Abendbrot gegessen und die Zeitung gelesen und sei dann hinaufgegangen in sein Zimmer, um sich schlafen zu legen. Nach einer Stunde habe er aber wieder Hunger gefühlt und sei heruntergegangen, um sich eine Stulle zu holen. Er gibt auch an, daß er aus dem Hause herausgekommen sei. — Vorl.: Das haben Sie bisher noch nicht angegeben. — Der Angeklagte gibt weiter an, er sei über die furchtbare Anklage ganz erschüttert gewesen. Der Vorsteher hält dem Angeklagten seine unnatürliche Krude, die er unmittelbar nach dem furchtbaren Unglück gezeigt habe, vor. Er hält ihm weiter vor, wie unwahrscheinlich er stets gegen seine Eltern gewesen sei.

Der Angeklagte berichtet dann weiter, daß am frühen Morgen der Nacht Wehlich in das Zimmer abend gekommen sei. Der Angeklagte habe ihm erklärt, unten seien zwei Männer, die etwas sagen wollten. Er habe sich angezogen und höre unten von den Männern, daß sie einen Mann gefunden hätten mit einem Korb und einem Siegelring am Finger. Anscheinend sei der Mann tot. Willi Schwarzenstein erklärte darauf, ihm sei sehr eigenartig zu Mute gewesen und er sei in das Zimmer seines Vaters gegangen, um nach ihm zu sehen. Als er ihn dort nicht fand, habe er gedacht, der Vater sei vielleicht betrunken. Als er dann zur Leiche geführt wurde, und man ihm die Wunden zeigte, habe er gleich gesagt: Ja ja, der Vater ist erschossen worden. Es sei ihm sehr schlecht zu Mute gewesen. — Vorl.: Sie sollen nur kurz gesagt haben: Nun wollen wir ihn mal präparieren. So benimmt sich doch kein Sohn an der Leiche des Vaters. — Angekl.: Ich dachte an gar nichts anderes als daran, Rache zu nehmen an dem Täter. — Vorl.: Wie stellen Sie sich nun vor, daß Ihr Vater zu Tode gekommen ist? — Angekl.: Der Mord ist vielleicht durch die Fahrlässigkeit eines Wildbiids begangen worden. — Vorl.: Es ist so gut wie ausgeschlossen, daß der Mord aus dem Zusammenstoß des Försters mit einem Wildbiid herbeigeführt ist. Ein Wildbiid vermeidet doch jedes absehbare Zusammenstoß mit dem Förster. Außerdem hätte der Förster ja auch kein Gewehr mit.

Der Verteidiger Dr. Swindt beantragt einen Sakaltz in in, damit die Zeugnisse sich die Ereignisse wieder besser ins Gedächtnis zurufen können. — Das Gericht behält sich einen Beschluß vor. — Der Vorsteher hält dem Angeklagten weiter vor, daß der Täter genau gewußt haben mußte, daß der Ermordete in Rabenhof war und daß er keinen Hund bei sich hatte und welchen Weg er gehen mußte. Die Nacht sei außerordentlich düster ausgefallen. Auch die Mordstelle sei mit besonderem Geschick gewählt worden. Für den Täter pünktlich war auch der Umstand, daß kein Schnee gefallen war. Der Vorsteher bringt ferner zur Sprache das auffällige Wiederfinden des Gewehres, das am Tage nach der Tat verschwunden war, das sich später aber wieder fand, und das auffällige Zeichen des kürzlichem Gebrauch zeigte. — Der Angeklagte belundete hierzu, daß er den Gewehrschrank unter sich gehabt habe. Die tragliche Mordtat sei wohl beim Wäschenschneider gewesen. — Vorl.: Ihre Aussage ist wahrheitswidrig. Zuerst konnten Sie, die Mordtätte beim Wäschenschneider, und als man das nachprüfen wollte, erklärten Sie schnell, sie sei zu Ihrem Bruder nach Thüringen geschickt worden. — Angekl.: Ich glaube, die Wäsche wäre beim Wäschenschneider. Ich verstehe nicht, wie man mir vorwerfen kann, daß ich sie gebraucht haben soll. Wenn ich sie benutzt hätte, dann brauchte ich sie doch nur zu brennen, damit niemand etwas bemerkt. — Vorl.: In der Nacht war das wohl nicht gut möglich. Wie war Ihr Verhältnis zu Ihrem Vater? Es war doch nicht innig? — Angekl.: Ich hatte meinen Vater lieb. — Der Angeklagte gibt auf Befragen an, daß er sich in der Nacht gewiß nicht gegen ihn schwebe. Er bestreitet aber, in der Nacht gewiß nicht zu haben. — Staatsanwalt: Haben Sie am Abend vor der Tat ein Rencontre mit Ihrem Vater gehabt? — Angeklagter: Nein, ich bin ihm gar nicht begegnet. — Der Gerichtshof zieht sich zur Beratung zurück und verurteilt dann, daß eine Augencheinnahme notwendig sei. Diese soll aber nicht heute vorgenommen werden. Die Vernehmung des Angeklagten ist vorläufig beendet.

Von Tag zu Tag.

Bei einer Feuerwehrrückung getötet. Sa Chau-de-Bonds, 22. Juni. Bei einer Feuerwehrrückung wurde der Feuerwehrrückführer Paul Steiner, weil ein Geleis, vom dritten Stockwerk auf die Erde und brach das Geleis. Der Tod trat sofort ein. Steiner war 32 Jahre alt und hinterläßt eine Witwe und ein Töchterlein. — Die Mörderin ihrer Ehre. Rom, 22. Juni. In Arzano in Apulien tötete die Frau eines Schmiedes, Carmela Terulli, den Schankwirt Capobianco, der sie seit Monaten verfolgt hatte und sie vergewaltigen wollte, mit dem Messer, mit dem er sie bedrohte. Sie stellte sich darauf dem Gericht. Die Frauen des Südens brachten der modernen Aufrichtigkeit während des ganzen Tages Oppositionen dar. — Die Haarwund-Epidemie in Färtenwalde. Berlin, 22. Juni. Die epidemische Haarkrankheit, die in Schönberg so stark aufgetreten ist, scheint sich jetzt in der Provinz auszubreiten. Dieser Tage wurden die Schüler der Knabenwundschule in Färtenwalde einer ärztlichen Untersuchung unterzogen. Es wurden dabei nicht weniger als 63

Anaben als verächtlich festgestellt. Die Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen.

Leuchtgasvergiftung. Königsberg i. P., 23. Juni. Die in einem Hause in der Köttelstraße in Stellung befindlichen Auguste Semmler und Helene Kolaschewski wurden heute morgen tot aufgefunden. Nach ärztlicher Feststellung liegt Leuchtgasvergiftung vor. Die jungen Mädchen vergaßen beim Schlafengehen, vermutlich, den Gasbohn zu schließen.

Tragedie. Leipzig, 23. Juni. Gestern abend feuerte, wie die Morgenblätter melden, der von seiner Frau getrennt lebende Maurer Hermann Stühr nach vorausgegangenem Wortwechsel vier Revolverkugeln auf diese ab und verletzte sie tödlich. Hierauf richtete er den Revolver auf sich und schoß sich mehrere Kugeln in die rechte Schläfe. Die Schwerkverletzten wurden nach dem südlichen Krankenhaus gebracht. Der Zustand des Mannes ist hoffnungslos.

Regeregeln. Gornitz (Texas), 23. Juni. Am Sonntag abend wurden umweit Hemphill neun Regeregeln getötet, weil sie zwei Weiber ermordet hätten. Weiber und Regeregeln gehen nur bewaffnet aus; man befürchtet Kämpfe.

Brandkatastrophe in Jürl. Jansbrud, 22. Juni. Die amtlich festgestellt ist, beträgt der durch die Brandkatastrophe in Jürl angerichtete Schaden 1200000 Kronen, deren eine Versicherungssumme von 600000 Kronen gegenübersteht. Die Zahl der Toten beträgt nach neueren Feststellungen vier, doch werden mehrere Personen vermisset. An die Hilfskomitees, die sich im Laufe des heutigen Tages in Jansbrud bildeten, liefen mittags anher großen Spenden an Kleidern und Lebensmitteln 30000 Kronen in Bar ein. Erzbischof Eugen spendete 2000 Kronen.

Unwetter-Schäden. Nürnberg, 22. Juni. Aus ganz Franken, insbesondere dem Maintal, werden die schwersten Gewitterschäden gemeldet. Überschläge verursachten in vielen Dörfern zahlreiche Brände. Der Schaden ist sehr groß. In Obertheim und Rohr schlug der Blitz in die Kirche ein. In Hilsbach wurde ein den fahrender Bauer in eine Dungegrube geschleudert und ersticht darin. Der Bürgermeister von Bamberg ließ Geld und Brote verteilen. Die Zeitungen haben Sammlungen für die vom Unwetter Betroffenen eröffnet.

Verstärkener Wallon. Lunneville, 22. Juni. Ein Bester der Straburger Gesellschaft für Luftschiffahrt landete gestern abend 13 Kilometer von Lunneville entfernt. Seine Insassen waren vier deutsche Offiziere, welche angaben, sie hätten die Richtung nach Frankfurt nehmen wollen, seien aber vom Wind und Regen über die Grenze getrieben worden. Der Polizeikommissar geleitete sie nach Deutsch-Wortcourt.

Rassenerkrankung. Moskau, 22. Juni. Infolge des Rausches verdorbener Speisen beim Rennen, sind hier 150 Personen erkrankt, darunter einige schwer. Eine strenge Untersuchung ist eingeleitet.

Typus bei Koblenz. Berlin, 22. Juni. Dem „Berl. Volksanzeiger“ zufolge wurde nach Mitteilung der Bürgermeisterei in Ehrenbreitstein bei Koblenz bei sieben Zivilpersonen Typhusverdächtige Erscheinungen. Auch bei mehreren Militärpersonen hat sich Typhusverdächtige herausgestellt.

Humanitäre Stiftung. Köln, 23. Juni. Laut „Köln. Volksztg.“ haben die Erben der Firma Feldhof in Langenberg bei Bornum zum Andenken an ihre Eltern die Summe von 100000 Mark für eine Waisenanstalt für Kinder der Arbeiter der Firma, sowie zur Unterhaltung bei unverschuldeten Tod gestiftet.

Vom Automobil getötet. Braunschweig, 23. Juni. In vergangener Nacht zwischen 11 und 12 Uhr wurde ein Wagen, auf dem der Kaufmann Beddis nebst Frau saßen, in der Nähe von Süstedt von einem von Braunschweig kommenden Automobil überfahren. Das Auto hielt sofort und die Insassen eilten zur Unfallstelle. Sie fanden den äußerlich und innerlich schwerverletzten Beddis schon tot vor, während Frau Beddis nur leicht verletzt worden war.

Talheimer Prozeß. Gnefen, 23. Juni. Das heute mittag verkündigte Urteil im Talheimer Prozeß lautete gegen Bahnmessner Bajor auf 8 Monate Gefängnis, wobei strafmildernd seine nur mäßige Ausbildung in Betracht kam, gegen den Vorarbeiter Wozniak auf 3 Monate und gegen den Arbeiter Brautski auf 2 Monate Gefängnis. Im übrigen erfolgte Freispruch.

Uffurz vom Kapuzinerberg. Salzburg, 22. Juni. Der Buchbinder Johann Rastner ist über die 80 Meter hohe Nordwand des Kapuzinerberges abgestürzt, und fiel in einen unterhalb gelegenen Obstausgarten mitten unter die zahlreichen Äste, wo er tot liegen blieb.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Frankfurt a. M., 23. Juni. Dem 1. hussarischen Infanterieregiment Nr. 31 ist vom Kaiser der Marsch Oranien-Friesland als Präsentiermarsch mit der Wajage verliehen worden, daß das Regiment bei großen Paraden allem berechtigt sein soll, ihn zu spielen. Mit der gleichen Bestimmung wurde dem hussarischen Regiment von Gersdorf (2. hussarischer Nr. 80) der Marsch Oranien-Gelbesand verliehen.

Wilhelmschafen, 23. Juni. Staatssekretär von Leipzig wohnte mit 10 an der Marineinformationsreise teilnehmenden Abgeordneten einer Schießübung der Hauptbatterie bei.

Wilhelmschafen, 23. Juni. Der Chef der hiesigen Marinestation, Admiral Fische, ist vom Kaiser in der erblichen Adelsstand erhoben worden.

Straburg, 23. Juni. Der Inhaber der hiesigen Russkalkhandlung S. Wolf, Lazar Wolf, der sich um das Straburger Mühlleben große Verdienste erworben hat, ist im Alter von 56 Jahren gestorben.

Wien, 23. Juni. In der Obmannerkonferenz teilte der Präsident Weiskircher mit, daß das Budget am Donnerstag erledigt werden müsse, am Freitag und Samstag erfolgt die Abstimmung, worauf die Ueberweisung an das Herrenhaus erfolgt. Hier soll das Budget bis Dienstag erledigt sein. Mehrere Obmänner verzichteten namens ihrer Parteien ganz oder teilweise auf Wort.

New York, 23. Juni. Der Hilfskriegssekretär erklärte, es sei eine Erhöhung der Präsenzstärke der Bundesarmee auf 250000 Mann geplant.

Die Koalitionsfreiheit der Privatangehörigen.

Kaiserslautern, 23. Juni. Der Ausschuss des Jungnationalliberalen Vereins Kaiserslautern hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig folgende Resolution gefaßt: „Der Ausschuss des Jungnationalliberalen Vereins Kaiserslautern bedauert den Beschluß des Reichstages betreffend die Koalitionsfreiheit gegen die kaufmännischen und technischen Verbände, weil er eine wichtige Forderung des hiesigen Arbeiterprogramms, die Koalitionsfreiheit, direkt verkehrt. Es wird daher die bestimmte Erwartung

ausgesprochen, daß der erwähnte Beschluß ohne jede Einschränkung wieder aufgehoben wird.

Die drahtlose Telegraphie.

Berlin, 23. Juni. Die Telegraphie ohne Draht wird am 1. Juli in die amtliche Telegraphie des Deutschen Reiches aufgenommen. Staatssekretär Krause hat jetzt eine entsprechende Verordnung der Telegraphenordnung auf Grund des internationalen Berliner Vertrags vom 8. November 1906 erlassen. „Funkentelegramme“, heißt es darin nach der Korrespondenz Groß-Berlin, „sind Telegramme, die mittels Funkentelegraphen zwischen Stationen und Stationen auf Schiffen in See oder zwischen Schiffen in See geschickt werden. Die Adresse der Telegramme an Schiffe in See muß den Namen des Empfängers, des Schiffes und der Stationen mit den erforderlichen Zusätzen enthalten. Das Schiff, für das ein drahtloses Telegramm bestimmt ist, innerhalb der vom Absender bestimmten Frist oder beim Fehlen einer solchen Bestimmung bis zum Morgen des 20. Tages bei der Stationen nicht gemeldet, so gibt diese dem Absender Nachricht. Dieser kann verlangen, daß sein Telegramm innerhalb 30 Tage zur Uebermittlung an das Schiff bereitgehalten werde. Unzulässig sind im allgemeinen Telegramme mit vorausbezahlter Antwort, solche über eine Postanweisung, solche mit Versicherung oder Empfangsbeleg, nachzufolgende Telegramme, gebührenpflichtige Diensttelegramme und durch besondere Voten oder durch die Post zu besellende Telegramme. Die Gebühren umfassen die Anstehengebühren, die Vorbegebühren und die geschäftlichen Gebühren. Für deutsche Stationen beträgt in der Regel die Anstehengebühren 15 Pfg. für das Wort, mindestens 1.00 M. für ein Telegramm, die Vorbegebühren 35 Pfg. für das Wort, mindestens 3.50 M. für ein Telegramm. Im Verkehr zwischen Stationen und Stationen wird die Gesamtgebühren vom Absender erhoben. Im Verkehr zwischen Stationen wird die Vorbegebühren des gebendeten Schiffes vom Absender, die des aufnehmenden Schiffes vom Empfänger erhoben. Für Telegramme zwischen einem deutschen Fernschiff und einer deutschen Station wird ein fester Zuschlag von 30 Pfg. erhoben.“

Der Fall Bahrmund.

Wien, 23. Juni. Die Christlich-Sozialen sprachen in einer Klub Sitzung das Bedauern aus, daß Professor Bahrmund nach Prag berufen und nicht entlassen worden sei. Sie erwarten, daß sich derartige nicht mehr ereignen werde und beschließen darnach über die Resolution Schmitt betreffend den Prozentsatz der jüdischen Studierenden an den Mittel- und Hochschulen namentliche Abstimmung zu verlangen.

Das Ende des Hochschulfreies in Oesterreich.

Jansbrud, 23. Juni. Die sozialistische Studentenschaft der hiesigen Universität beschloß, den Streit einzustellen. Damit ist der Hochschulfreie in Oesterreich zu Ende.

Die Arbeiterunruhen in Parma.

Parma, 23. Juni. In Parma haben sich die Unruhen nicht erneuert. Der Präses hatte beschlossen, die Gebäude der Arbeiterkammer wieder der Organisation zurückzugeben, um die bestehende Aufregung zu legen, worauf nach den mit den sozialistischen Organisationen getroffenen Vereinbarungen der Generalstreik aufgehoben sollte. Die Stadtverwaltung protestierte jedoch, deshalb dauerte der Generalstreik noch fort. Die Unruhen in den anderen Städten sind weniger bedeutend.

Marokko.

London, 23. Juni. Die Situation in Marokko wird hier schon seit längerer Zeit mit Mißbehagen betrachtet, obgleich man sich hütet, mit dem befreundeten Frankreich sich deshalb in unliebsame Erörterungen einzulassen. Die neueste Entwicklung hat diese Stimmung gefördert. Am deutlichsten bringt sie heute der konservativ „Graphic“ zum Ausdruck, dessen Meinung in aufwärtigen Fragen nicht bedeutungslos ist. Der „Graphic“ rät der französischen Regierung, Nilay Hafid anzuerkennen und ihn möglichst zur Annahme der Abmachungen von Algeiras zu bewegen. In mehr verbüllter Form legt der „Standard“ den Franzosen dieselbe Ermahnung nahe. Eine neue Konferenz der Mächte über Marokko will man hier wegen der darin liegenden Gefahr meiden, zumal man eine Erweiterung der Frankreich einberaumten Befugnisse bei Deutschlands jetziger Stimmung für unmöglich hält.

Casablanca, 23. Juni. Die Brigade des Obersten Boutcourt ist in der Richtung nach Bou Zmilau abmarschiert.

Verdächtige Truppenbewegungen.

Petersburg, 23. Juni. Die die „Kowojew Wrenja“ aus Fort Schkulska meldet, stehen zwei türkische Bataillone, 2 Eskadrons und 1 Batterie 5 Meile vor Arma. 17 Bataillone, 6 Batterien und die 6. Kavalleriedivision stehen bei Sandi Bulak und Salko. Das Blatt sagt dazu, es müsse anerkannt werden, daß keine Kriegsvorbereitungen gegen Rußland stattfinden.

Konstantinopel, 23. Juni. Der persische Botschafter am türkischen Hof hat der Hofe eine sehr energisch gehaltene Note überreicht, welche sich auf die Vorfälle in Arma bezieht und die Unterdrückung der türkischen Angriffe fordert. Der Botschafter äußerte sich auch zu dem neuerlichen Vortücken der türkischen Truppen.

Konstantinopel, 23. Juni. Von russischer Seite wurde lt. „Rif. Zg.“ erklärt, daß die Uebungsfahrt einiger russischer Kriegsschiffe im Schwarzen Meer und deren Anlaufen türkischer Häfen in durchaus friedlicher Absicht erfolge. Man habe, um nicht zu Mißverständnissen Anlaß zu geben, sich dies auch von amtlicher Seite betonen lassen. Ein Teil des Befehlshabers soll den Russen erbringen, daß die schwarze Meerflotte wieder von solchem Geiste wie früher befehle ist. Im September wird dann die gesamte schwarze Meerflotte ihre erste Uebungsfahrt antreten und hierbei gleichfalls die türkischen Häfen anlaufen.

Sebastopol, 23. Juni. Das Schloßgeschwader unter Befehl des Komte-Admirals Jiminsk, sowie eine Torpedobootflotte unter Befehl des Komte-Admirals Saranoff ist von hier nach den türkischen Gewässern abgegangen.

Mittheilung in Serbien.

Belgrad, 23. Juni. Der König nahm die Demission des Kabinetts beschloß an und betraute den Abkabilaten Wozimir mit der Kabinettsbildung.

Der Schah von Persien im Kampf mit dem Parlament.

Tehran, 23. Juni. Die Umgehung des Parlamentsgebäude und der ankommenden Wägere ist von Kofaten unstill. Das Parlament wurde aufgefordert, dem Wägere des Schahs gemäß eine Reihe von Personen auszuliefern. Das Parlament weigerte sich dessen. Von einigen Mitgliedern der politischen Clubs wurden auf die Soldaten geschossen, wodurch einige getötet wurden. Aus dem Lager des Schahs erschien um 9 Uhr eine Abteilung mit Artillerie, die bis nach 10 Uhr ununterbrochen feuerte.

Tabriz, 23. Juni. Die allgemeine Stimmung hat eine für die reaktionäre Partei günstige Wendung genommen und heute versicherten Angehörige der Gesellschaft und des hohen Adels sowie Mitglieder der Revolutionärpartei angehörige Personen dem Schah, ihm mit Bereitwilligkeit dienen zu wollen. Die Kofaten alle Schuld an der aufständischen Bewegung bestimmten Personen zu, unter ihnen dem Generalgouverneur.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 23. Juni 1908.

Handelschule. Im handelsrechtlichen Seminar wird am Donnerstag, den 25. Juni, Herr Rechtsanwalt Dr. Sachenburg über 'Formen und Arten der modernen Handelsgesellschaften' sprechen.

Wangel. Arbeiter-Verein Mannheim. Das wegen ungenügender Witterung am Sonntag ausgefallene Gartenfest ist auf Sonntag, den 28. Juni, nachmittags 3 Uhr vertagt worden.

Der Kirchenchor der Lutherkirche hat schon seit einer Reihe von Jahren den Frohnleichnamstag zu einem Tagesausflug erwählt. So wurde auch dieses Jahr wieder, dem alten Brauch getreu, in der Stärke von 85 Sängern und Sängertinnen mit dem Frühling 7.03 in Ludwigsbühl abgedammt.

Der Kirchenchor der Lutherkirche hat schon seit einer Reihe von Jahren den Frohnleichnamstag zu einem Tagesausflug erwählt. So wurde auch dieses Jahr wieder, dem alten Brauch getreu, in der Stärke von 85 Sängern und Sängertinnen mit dem Frühling 7.03 in Ludwigsbühl abgedammt.

Entwickler Stand. Der Wädler Franz der Koch- und Schmelzgesellschaft Mannheim bemerkte in der Nacht vom 21./22. d. d. bei seinem dritten Rundgang starken Brandgeruch in dem Quader D. 1. Als er nachforschte, stellte er fest, daß in dem Zigarrenladen Polonia Sghodarska ein Brand ausgebrochen war.

Sport.

Tennisturnier.

In Ergänzung unseres gestrigen Berichtes fügen wir zunächst die Spielergebnisse von Sonntag und Montag bei. Es folgten:

In der Meisterschaft von Mannheim: Frohheim über J. Davidier o. Sp. (Schlagrunde).

In der Schlagrunde der Damen-Meisterschaft von Süddeutschland: Fr. v. Krohn über Fr. Bergmann 7:5, 6:2.

Im Herren-Doppelpiel ohne Vorgabe schlugen Frohheim-Gerdes Hitting-Globa 6:0, 6:1; in der Schlagrunde siegten Trausenfer-Davidier gegen Frohheim-Gerdes 6:4, 6:4.

Das Herren-Einzelpiel mit Vorgabe Klasse A gewann v. Baumbach gegen Kaufmann II 6:3, 7:5.

Im Herren-Doppelpiel mit Vorgabe siegten Trausenfer-Davidier (- 10 4:6) über Deers-Oppenheimer (+ 2:6) 6:1, 7:6 und in der Schlagrunde Trausenfer-Davidier über Hitting-Gerdes (- 15 4:5) 6:3, 6:3. Ferner siegten im Herren- und Damen-Doppelpiel mit Vorgabe: Fr. Bergmann-Hitting (- 30) über Fr. Groß-Deers (+ 15 1/2) 6:4, 6:3 und in der Schlagrunde Fr. Bergmann-Hitting über Frau Keresheimer-Trausenfer o. Sp.

Im Damen-Einzelpiel mit Vorgabe siegte Frln. Feindel gegen Frln. v. Krohn o. Sp.

Im Herren- und Damen-Doppelpiel ohne Vorgabe schlugen Frln. Bergmann-Frohheim Frln. v. Krohn-Davidier 6:1, 8:3.

In der Schlagrunde zwischen Keresheimer-Trausenfer und Frln. Bergmann-Frohheim siegten die ersten mit 7:5, 6:2.

Darmit war das an interessanten Ereignissen reiche Turnier beendet, ein Turnier, das in seinen einzelnen Kämpfen sowie in seinen Endresultaten nur beschriebigen konnte. Eine ganz besondere Befriedigung gewährten allen unzweifelhaft die Siege Frohheims. Seine in diesem Jahre nur mäßige Form sowie sein Nichtaufstreiten in dem Vändereinzelpielen Deutschland hatten erge Enttäuschung gebracht. Das hat dieser Spieler nun in Mannheim alles wieder gut gemacht und gezeigt, daß er die Bezeichnung 'bester Spieler Deutschlands' auch jetzt mit Recht beanspruchen kann. Seine mäßigen Siege über die besten Spieler Belgiens Gemaire und Trausenfer markierten den Höhepunkt des Turniers und bestätigten zugleich die Ergebnisse des Mannheimer Vändereinzelpielen von 1907. Nicht minder erfreulich war das erfolgreiche Aufstreiten der Freiburgerin Fräulein von Krohn. Dieser sympathischen Spielerin, die vor einigen Jahren durch ihr siegreiches Debüt hier in Mannheim die Tenniswelt überraschte, ist es nunmehr gelungen, die süddeutsche Meisterschaft zum zweiten Male zu gewinnen. Wenn in den Jahren nach ihrem ersten Auftreten ein Nachlassen ihrer Form bemerkbar war, so konnte man in diesem Jahre nach allen Richtungen hin Fortschritte wahrnehmen, die denn auch durch den Sieg in beiden Meisterschaften belohnt wurden. Ihre 2 gefährlichsten Gegnerinnen, Fräulein Bergmann und Frau Keresheimer, spielten ebenfalls sehr gut, waren aber doch im Einzelpiel der Freiburger Spielerin nicht gewachsen. Frau Dr. Keresheimer haben wir hier schon in besserer Form gesehen.

Im Doppelpiel interessierten natürlich am meisten die Belgier. Dem deutschen Meisterpieler im Einzelpiel jeweils unterliegend, erhielten sie doch wiederum im Doppelpiel die Oberhand und beide erste Preise hielten an das Paar Trausenfer-Davidier. Trausenfer erzielte ebenfalls Erfolge im Herren- und Damen-Doppelpiel und erfreute wie im vorigen Jahre durch sein verblüffendes Reb- und Volley-Spiel. Sehr gute Spiele gaben uns auch v. Baumbach, Hitting, Gerdes, Metzer und Andere.

Es ist unmöglich, auch nur im Auszug aller der spannenden Spiele zu gedenken, mit denen und der wachsenden internationalen Beland in diesem Jahre erfreute. Hoffen wir, daß wir viele ausgezeichnete Spieler und Spielerinnen auch im kommenden Jahre hier begrüßen können und daß das Mannheimer Turnier seinen Platz als eines der bedeutendsten Turniere Deutschlands weiterhin behaupten und verfestigen wird.

Volkswirtschaft.

Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schuderer u. Co. Die aus dem Interimserfolg ersichtlich ist, sind 15 Millionen 43 Prozentige, zu 108 Prozent rückzahlbare Schuldverschreibungen der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schuderer u. Co. in Nürnberg, unlosbar und unkündbar bis 1914, an der Berliner Börse zugelassen worden. Sie werden zur öffentlichen Zeichnung, die am Dienstag den 20. Juni zu erfolgen hat, hier bei der Süddeutschen Diskonto-Gesellschaft A.-G. aufgelegt. Der Zeichnungsbetrag beträgt 98,75 Prozent. Die ausgeteilteten Stücke sind gegen Zahlung des Preises bei der Stelle, bei welcher die Zeichnung erfolgt ist, in der Zeit vom 15. Juli bis 14. August 1908 einschließlich abzunehmen.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben. Baltimore lagen schwach, österreichische Bahnen behauptet. Von übrigen Werten dieses Marktes ließ sich wenig Veränderung melden. Am Montanaktienmarkt herrschte in Zusammenhang mit den verschiedenen Preisermäßigungen in der Eisenindustrie vorwiegend schwächere Tendenz, später trat jedoch belebteres Geschäft ein und die Kurse zeigten größtenteils Erholung. Man bringt die Befestigung mit Nachrichten in Zusammenhang, daß die Syndikatsfrage schließlich doch noch zu einer günstigen Lösung führen werde. Am Industrienmarkt war die Tendenz nicht einheitlich, während für Bahnen Aktien, welche 11 pEt. anjog, Kaufkraft bestand, zeigten die übrigen Werte dieses Gebietes größtenteils schwache Tendenz, Gold- und Silberscheidebank verloren 7 pEt., Chemische Höchst 3 1/2 pEt., Bezugsrecht notierte 62,75 bezahlt und Geld, Drehseife Bank 3 1/2 pEt. höher. Von elektrischen Werten sind Edison schwächer, Maschinenfabriken gut behauptet, Konordia war niedriger offeriert, eine Kursnotiz kam jedoch nicht zustande. Für ausländische Fonds machten sich teilweise Verkaufsneigung bemerkbar, doch konnte infolge guter Aufnahmelauf eine Kursberänderung nicht eintreten. Russen und Portugiesen behauptet, heimische Anleihen ruhig. Der Rentenmarkt ließ sich Abkühlung erkennen. Schiffsaktien lustlos. Der weitere Verlauf brachte wenig Veränderung, die Kurse konnten sich behaupten. An der Nachbörse war das Geschäft ruhig bei schwacher Tendenz. Dies gilt hauptsächlich für Diskonto-Kommandit. Harpener schlossen schwach. Es notierten Kreditaktien 194,20, Diskonto 171,60 à 10, Dresdner Bank 137, Handelsbank 159, Staatsbahn 149, Lombarden 25,10 à 25.—, Baltimore 83,75, Harpener 195,80 à 70.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

Frankfurter-Effekten-Börse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben.

freiwillig in Liquidation zu treten. Die Verbindlichkeiten werden auf ca. 1.800.000 M. geschätzt, davon sollen ca. 600.000 M. aus Kaufschulden sein.

(Telegraphische Handelsberichte siehe 6. Seite.)

Frankfurter Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

Frankfurt a. M., 23. Juni. (Fondsbörse.) Die politischen Verfassungen sind zwar geschwunden, aber leider wird das Geschäft nicht belebter werden. Heute brachte die New Yorker Börse wieder schwache Tendenz. Die Dividenden-ermäßigung einzelner amerikanischer Bahnen ließen die Befürchtung aufkommen, daß die in Betracht kommenden Aktien, welche in Deutschland ihren Markt haben, ebenfalls darunter zu leiden haben. Baltimore lagen schwach, österreichische Bahnen behauptet. Von übrigen Werten dieses Marktes ließ sich wenig Veränderung melden. Am Montanaktienmarkt herrschte in Zusammenhang mit den verschiedenen Preisermäßigungen in der Eisenindustrie vorwiegend schwächere Tendenz, später trat jedoch belebteres Geschäft ein und die Kurse zeigten größtenteils Erholung. Man bringt die Befestigung mit Nachrichten in Zusammenhang, daß die Syndikatsfrage schließlich doch noch zu einer günstigen Lösung führen werde. Am Industrienmarkt war die Tendenz nicht einheitlich, während für Bahnen Aktien, welche 11 pEt. anjog, Kaufkraft bestand, zeigten die übrigen Werte dieses Gebietes größtenteils schwache Tendenz, Gold- und Silberscheidebank verloren 7 pEt., Chemische Höchst 3 1/2 pEt., Bezugsrecht notierte 62,75 bezahlt und Geld, Drehseife Bank 3 1/2 pEt. höher. Von elektrischen Werten sind Edison schwächer, Maschinenfabriken gut behauptet, Konordia war niedriger offeriert, eine Kursnotiz kam jedoch nicht zustande. Für ausländische Fonds machten sich teilweise Verkaufsneigung bemerkbar, doch konnte infolge guter Aufnahmelauf eine Kursberänderung nicht eintreten. Russen und Portugiesen behauptet, heimische Anleihen ruhig. Der Rentenmarkt ließ sich Abkühlung erkennen. Schiffsaktien lustlos. Der weitere Verlauf brachte wenig Veränderung, die Kurse konnten sich behaupten. An der Nachbörse war das Geschäft ruhig bei schwacher Tendenz. Dies gilt hauptsächlich für Diskonto-Kommandit. Harpener schlossen schwach. Es notierten Kreditaktien 194,20, Diskonto 171,60 à 10, Dresdner Bank 137, Handelsbank 159, Staatsbahn 149, Lombarden 25,10 à 25.—, Baltimore 83,75, Harpener 195,80 à 70.

Telegramm der Continental-Telegraphen-Gesellschaft

Schluss-Kurse.

Reichsbank-Diskont 4 Prozent.

Table with columns for location (Amsterdam, London, etc.), currency (Mark, Schilling, etc.), and price. Includes entries for Reichsbank-Diskont, Wechsel, and Staatspapiere.

Staatspapiere. A. Deutsche.

Table with columns for bond type (e.g., 4% Reichsbank, 3% Reichsbank) and price.

Table with columns for bond type (e.g., 4% Reichsbank, 3% Reichsbank) and price.

Table with columns for bond type (e.g., 4% Reichsbank, 3% Reichsbank) and price.

Table with columns for bond type (e.g., 4% Reichsbank, 3% Reichsbank) and price.

Table with columns for bond type (e.g., 4% Reichsbank, 3% Reichsbank) and price.

Table with columns for bond type (e.g., 4% Reichsbank, 3% Reichsbank) and price.

Table with columns for bond type (e.g., 4% Reichsbank, 3% Reichsbank) and price.

Table with columns for bond type (e.g., 4% Reichsbank, 3% Reichsbank) and price.

Table with columns for bond type (e.g., 4% Reichsbank, 3% Reichsbank) and price.

Table with columns for bond type (e.g., 4% Reichsbank, 3% Reichsbank) and price.

Table with columns for bond type (e.g., 4% Reichsbank, 3% Reichsbank) and price.

Table with 2 columns: Bergwerks-Aktien, including entries like 'Bayerischer Bergbau' and 'Kaiserliche Bergbau'.

Table with 2 columns: Pfandbriefe, including entries like '1 1/2% Pr. Pfdb. mit 15' and '1 1/2% Pr. Pfdb. mit 17'.

Table with 2 columns: Industri-Obligationen, including entries like '1 1/2% Pr. Pfdb. mit 15' and '1 1/2% Pr. Pfdb. mit 17'.

Frankfurt a. M., 23. Juni. Kreditaktien 194. Staatsbahn 148.90, Lombarden 25. --

Mannheimer Effektenbörse vom 23. Juni. (Offizieller Bericht.)

Heute notierten: Bad. Mont.-Aktien 131.50 W., Bad. Anilin- und Sodafabrik-Aktien 330 G., Mannheimer Dampfmaschinenfabrik-Aktien 62.50 W. und Bad. Versicherung-Aktien 1170 W. --

Obligationen

Table with 2 columns: Pfandbriefe, including entries like '1 1/2% Pr. Pfdb. mit 15' and '1 1/2% Pr. Pfdb. mit 17'.

Table with 2 columns: Industrie-Obligationen, including entries like '1 1/2% Pr. Pfdb. mit 15' and '1 1/2% Pr. Pfdb. mit 17'.

Kitteln

Table with 2 columns: Banken, including entries like '1 1/2% Pr. Pfdb. mit 15' and '1 1/2% Pr. Pfdb. mit 17'.

Table with 2 columns: Eisenbahnen, including entries like '1 1/2% Pr. Pfdb. mit 15' and '1 1/2% Pr. Pfdb. mit 17'.

Table with 2 columns: Brauereien, including entries like '1 1/2% Pr. Pfdb. mit 15' and '1 1/2% Pr. Pfdb. mit 17'.

Table with 2 columns: Berliner Effektenbörse, including entries like '1 1/2% Pr. Pfdb. mit 15' and '1 1/2% Pr. Pfdb. mit 17'.

Berliner Effektenbörse

Berlin, 23. Juni. (Fonds Börse.) Die gestrige Schwäche Haltung des Marktes führte bei Beginn des Verkehrs zu Abgaben, da mangels Kaufs Lust Ausweichungen zutage traten.

um zur Schwäche neigend. Warschau-Wiener 1/2 pCt. niedriger. Auch Oesterreichische Bahnen konnten ihren Kursstand nicht behaupten.

In dritter Börsestunden sehr still. Montanwerte schwach. Industriewerte des Kassamarktes still bei meist nachgebenden Kursen.

Berlin, 23. Juni. (Schlusskurs.)

Table with 2 columns: Aktien, including entries like 'Russenbrot 214.35 214.20', 'Kanada Pacific 156. -- 155. --', 'Sankt Petersburg 109. -- 109. --'.

Pariser Börse

Table with 2 columns: Paris, 23. Juni. Anfangskurse, including entries like '3% Rente 94.52 94.53', 'Lomb. Nord-Paz. 180. -- 180. --'.

Londoner Effektenbörse

Table with 2 columns: London, 23. Juni. (Telegr.) Anfangskurse der Effektenbörse, including entries like '4% Reichsanleihe 82. -- 82. --', '5% Consols 87 1/2 87 1/2'.

Berliner Produktenbörse

Table with 2 columns: Berlin, 23. Juni. (Telegramm) Produktenbörse, including entries like 'Weizen per Juli 22.75 23.75', 'Mais per Juli 146.50 147.25'.

Telegraphische Handelsberichte

Kalifornien. Aus Berlin wird der 'Fr. Ztg.' gemeldet: Die nächste Besprechung der bis zur Vereinbarung eines neuen Schiedsrichters bestellten Kommission soll am 1. Juli in Eisenach stattfinden.

Stuttgart, 23. Juni. Der Finanzminister hat den Ständen einen Gesetzentwurf über die Einführung des Postüberweisungs- und Scheckverkehrs für den 1. Januar 1909 vorgelegt.

Dresden, 23. Juni. Die Mechanische Weberei in Jittau verteilt diesmal 14 pCt. (i. B. 18 pCt.) Dividende.

Breslau, 23. Juni. Nach der 'Westf. Ztg.' hat die Mechanische Weberei in Kraft getretene Preisreduktion für Porzellanzeug ein im oberschlesischen Hüttengebiet vollkommenen Erfolg gehabt.

Belgrad, 23. Juni. Die Bruttoerlöse der Serbischen Monopolverwaltung betragen im Monat

Mai 1908 Francs 521 612 und in der Zeit von Januar bis April 1908 Francs 12 008 130, total Francs 12 529 742.

Winnipeg, 23. Juni. Die Aussicht der Ernte im Nordwesten ist nicht besonders gut. Die Ernte an Weizen wird lt. Fr. Ztg. auf 115 Millionen Bushel geschätzt.

Ueberseeische Schiffsahrts-Telegramme

Southampton, 19. Juni. (Drachbericht der Amerikan Line Southampton) Der Schnelldampfer 'New-York' am 18. Juni von New-York ab, ist heute nachmittag hier angekommen.

Geschäftliches

Wie uns mitgeteilt wird, findet die Ziehung der 9. Pfälzischen Lotterie 1. Serie nächsten Donnerstag, 25. Juni statt. Die Lotterie wurde dem Pferdebahnbauverein der Pfalz G. u. v. den beiden Pfälz. Kennvereinen Konstant A. u. v. und J. v. v. zur Förderung der Landespflege u. v. staatlich genehmigt.

Verantwortlich: Für Politik: Dr. Fritz Goldenbaum; für Kunst, Feuilleton und Vermischtes: Alfred Becken; für Lokales, Provinziales u. Gerichtszeitung: Rich. Schönlender; für Volkswirtschaft und den übrigen redaktionellen Teil: J. v. v. Richard Schönlender.

Hunyadi János Bitterquelle seit 40 Jahren bewährt. Lassen Sie sich nichts MINDERWERTIGES aufdrängen und verlangen Sie das ECHTE mit Namenszug SAXLEHNER.

Soolbad u. Luftkurort Bad Salzhausen. Oberhessen, Grosh. heil. Kurhaus m. Soolquellen v. v. m. dem Kaiserlichen Soolbad u. Soolkurort. Bad Salzhausen.

Der Schmutz schwindet - aber auch die Wäsche, wenn man ein wenig von den vielen scharfen und schädlichen modernen Sauber-Waschmitteln anwendet; das hat leider schon manche Hausfrau bald erfahren und ist wieder zur folichen Waschmittelwahl zurückgekehrt.

Kaffee spät abends? !! Warum nicht? Machen Sie einen Versuch mit dem hochwertigen, reinen Kaffee Hag (Hag Kaffee Hag) und Sie werden finden, daß dieser Kaffee Hag nicht nur aufregt, ihn beruhigt, sondern auch den Appetit weckt, den Schlaf fördert und den Körper kräftigt.

Soll Haben Vereins-Abzeichen Fahnen, Abzeichen, sowie sämtl. Vereinsartikel liefert schnell u. billig 87594 Carl Haacke, Kunst- u. Fahnenfabrik, Tel. 2004, Q 1, 14, Tel. 2004.

